Gemeinde Testorf-Steinfort

Beschlussvorlage Vorlage-Nr: VO/09GV/2015-139

Status: öffentlich

Aktenzeichen:

Federführender Geschäftsbereich: Datum: 19.11.2015 Bauamt Verfasser: G. Matschke

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf hier: Abwägungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum Gremium Teilnehmer Ja Nein Enthaltung

03.12.2015 Gemeindevertretung Testorf-Steinfort

Beschlussvorschlag:

1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB, der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und den Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen hat die Gemeinde Testorf-Steinfort unter Beachtung des Abwägungsgebotes mit folgendem Ergebnis, wie im Abwägungsvorschlag (Anlage 1) dargestellt, geprüft. Es ergeben sich:

- zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen,
- teilweise zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen,
- nicht zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen.

Den Abwägungsvorschlag und das Abwägungsergebnis macht sich die Gemeinde Testorf-Steinfort zu Eigen und ist Bestandteil des Beschlusses.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen erhoben bzw. Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Sachverhalt:

Die Gemeinde Testorf-Steinfort hat das Planverfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt.

Die Planunterlagen lagen zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 12.11.2013 bis einschließlich 12.12.2013 in der Stadtverwaltung Grevesmühlen, Bauamt, öffentlich aus. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 11.11.2013 um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Während der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine Stellungnahmen von der Öffentlichkeit zur Planung abgegeben.

Im weiteren Verlauf waren insbesondere die Belange der Erschließung, der Niederschlagswasserbeseitigung und der Altlastenverdachtsflächen zu erörtern. Eine abschließende gutachterliche Stellungnahme zum Umgang mit den Altlastenflächen liegt seit dem 10.11.2015 vor. Die Belange sind in den Planunterlagen zu berücksichtigen.

Die Zusammenfassung und die Abwägungsvorschläge zu den einzelnen Stellungnahmen sind dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt. Die Abwägungsvorschläge sind durch die Gemeindevertretung zu beraten und zu entscheiden.

Die Planunterlagen sind um die Ergebnisse der der Abwägungsergebnisse führt nicht zu einer e	
Finanzielle Auswirkungen:	
Anlage/n: - Tabellarische Zusammenstellung eingeg mit Abwägungsvorschlägen	gangener Anregungen und Stellungnahmen
Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

äß § 4 Abs. 2 BauGB ung der Gemeinde Testor						
ung der Gemeinde restor	Ctainfaut lik	on don Dob		NI-	2	Т
		er den Bet	auungspian	Nr.	3	
as Gebiet "Am Gutshof" i	n Testorf				1	
	T		1			+
VURF						
Träger öffentlicher Belange	Aufforderung	Eingang	Schreiben vom	1	2	3
	-				_	-
	+					+
Landesplanung	-					-
Träger öffentlicher Belange	1		 		_	+
Landkreis Nordwestmecklenburg	11.11.2013	19.12,2013	17.12.2013	X		
			19.11.2013		X	
STALU	11.11.2013	12.12.2013	10.12.2013		X	
Amt für Raumordnung	11.11.2013	12.12.2013	09.12.2013		X	
Bergamt Stralsund	11.11.2013	12.12.2013	11.12.2013			X
LA f.Umwell, Naturschutz u.Geologie	11.11.2013					1
Straßenbauamt Schwerin	11.11.2013	12.12.2013	09.12.2013		X	
Industrie- und Handelskammer	11.11.2013	09.12.2013	05.12.2013			X
Handwerkskammer Schwerin	11.11.2013					
DB Services Immobilien GmbH	11.11.2013	13.12.2013	10.12.2013	0 - 1	Х	
Deutsche Telekom AG	11.11.2013	per E-Mail	06.01.2013		Х	
Katholische Kirche	11.11.2013					
Evluth. Landeskirche	11.11.2013		1			
Zweckverband Grevesmühlen	11.11.2013	03.12.2013	29.11.2013		Х	
	11.11.2013					
	11.11.2013	28.11.2013	20.11.2013		Х	
E.ON Hanse AG	11.11.2013	per E-Mail	15.11.2013	,	Х	
50 Hertz	11.11.2013	25.11.2013	19.11.2013		Х	
Bundeswehr	11.11.2013	26.11.2013	22.11.2013		Х	
	11.11.2013	25.11.2013	22.11.2013			
	11.11.2013	per E-Mail	27.11.2013		Х	
		28.11.2013	27.11.2013		Х	
		per E-Mail	15.01.2014		X	
		per E-Mail	11.12.2013		X	
		06.12.2013	03.12.2013		X	-
						_
		00.11.001-		_		
					X	-
		20.01.2014	16.01.2014			X
	Träger öffentlicher Belange Planungsanzelge Ant für Raumordnung und Landesplanung Träger öffentlicher Belange Landkreis Nordwestmecklenburg LK NWM, Kataster- und Vermessungsamt STALU Ant für Raumordnung Bergamt Stralsund LA f.Umwell, Naturschutz u.Geologie Straßenbauamt Schwerin Industrie- und Handelskammer Handwerkskammer Schwerin DB Services Immobillen GmbH Deutsche Telekom AG Katholische Kirche Ev-luth. Landeskirche Zweckverband Grevesmühlen Grevesmühlener Busbetriebe GmbH E.DIS AG E.DIS AG E.DIS Hanse AG	Planungsanzelge	Planungsanzelge	Planungsanzelge	Träger öffentlicher Belange Aufforderung Eingang Schreiben vom 1 Planungsanzelge Amt für Raumordnung und Indesplanung Indesplanu	Träger öffentlicher Belange

111.	Nachbargemeinden				
III.1	Gemeinde Rüting	11.11.2013	18.11.2013	18.11.2013	X
111.2	Gemeinde Upahl	11.11.2013	18.11.2013	18.11.2013	X
111.3	Gemeinde Plüschow	11.11.2013	18.11.2013	18.11.2013	X
111.4	Gemeinde Alt Meteln	11.11.2013	23.04.2014	17.04.2014	X
111.5	Gemeinde Bobitz	11.11.2013	13.01.2014	06.01.2014	X
III.6	Gemeinde Mühlen-Eichsen	11.11.2013	25.11.2013	22.11.2013	X
III.7	Gemeinde Dalberg-Wendelstorf	11.11.2013	24.03.2014	21.03.2014	X
IV.	Öffentlichkeit				
1	Abwägungsrelevanz				
2	Hinweise				
3	ohne Anregungen	- 2 000 00 0000			

1

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Landkreis Nordwestmecklenburg Die Landrätin Fachdienst Bauordnung und Planung Londkreis Nordwestmecklenburg Fachdienst Bauordnung und Planung Londkreis Nordwestmecklorburg • Pertituch 1665 • 28666 Wismar Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Für die Gemeinde Testorf-Steinfüglicht Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Lingegengen 19. Dez. 2013 Lingegengen 219 3384173404-8315 EMalati 19. Dezemühlen, 2013-12-17 Berbaum Gernekwestmecklenburg, de Ort, Dabum: Gergvesmühlen, 2013-12-17 Berbaum: Gergvesmühlen Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Ge	1	zu 1. Die Grundlagen der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen. zu 2. Die Stellungnahmen der beteiligten Fachdienste und des Abfallwirtschaftsbetriebes werden nachfolgende behandelt. Siehe nachfolgende Behandlung.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.
Kommunalaufsicht FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr . Untere Straßenverkehrsbehörde Kataster- und Vermessungsamt Die abgegebenen Stellungnahmen sind diesem Schreiben als Anlage beigefügt. Daraus ergeben sich Hinweise und Ergänzungen, die in der weiteren Bearbeitung zu beachten sind. Mit freundlichen Grüßen	_		
Im Auftrag André Reinsch SB Bauleitplanung			

l. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Anlage Fachdienst Umwelt Untere Wasserbehörde: : Herr Praetorius AZ uWB: 66.11-20/20-74077-143-13 Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin.	X	A zu 1. Im Rahmen der Abwägung werden leistungsfähige Möglichkeiten zur Regelung der	Zu berücksichtigen.
die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	1	Problematik herausgearbeitet. Dies stellt sich in den Abwägungsunterlagen entsprechend dar.	Zu berückstellugen.
Das unbelastete und gering verschmutzte Niederschlagswasser ist aufgrund der bestehenden Satzung des Zweckverbandes Grevesmühlen (Niederschlagswassersatzung – NSchlWS) als Beseitigungspflichtigen erlaubnisfrei zu versickern. Ein Nachweis der Versickerungsfähigkeit des Bodens liegt mit den vorliegenden Unterlagen nicht vor. Vielmehr wurden verschiedene Möglichkeiten zur Niederschlagswasserentsorgung dargelegt, die jedoch keine klare Regelung in Abstimmung mit dem Beseitigungspflichtigen (ZVG) beinhalten. Bedingung zur Versickerung des Niederschlagswassers ist der gesicherte Nachweis (Fachgutachten) zur Durchführung einer schadfreien Versickerung anhand der Grundstücksgröße, der Bodenkennwerte und der erforderlichen Flächen für die Versickerungsanlagen, dafür ist der ungünstigste Einzelfall zu betrachten. Ist im B-Plangebiet die Versickerung des Niederschlagswassers über eine zentrale Versickerungsanlage (Anschluss mehrerer Grundstücke) geplant, sind entsprechende, fachtechnisch ermittelte Flächen dafür vorzusehen und eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen.	2	zu 2. Unter Berücksichtigung der wassertechnischen Berechnung des Büro Wobschal ist eine Versickerung des Niederschlagswassers aus Verkehrs- und Grundstücksflächen im B-Plangebiet Nr. 3 aufgrund des sehr schwach durchlässigen Untergrundes (Geschiebemergel) nicht möglich. Eine sichere Ableitung des Niederschlagswassers über eine Regenwasserkanalisation ist notwendig. Die Nachweise hierfür wurden erbracht. Der Wasser- und Bodenverband Stepenitz-Maurine hat mitgeteilt, dass gegen die gedrosselte Einleitung der Fläche des Plangebietes im Graben 7/19/2 keine Einwände bestehen. Die Stellungnahme liegt vom 11.05.2015 vor. Die Stellungnahme wird den Verfahrensunterlagen beigefügt. zu 3. Es wurde der Nachweis erbracht, dass eine Versickerung nicht möglich ist. Siehe hierzu	Teilweise zu berücksichtigen. Teilweise zu berücksichtigen.
Die Ergebnisse des Fachgutachtens sind vor Satzungsbeschluss dem Zweckverband Grevesmühlen sowie der unteren Wasserbehörde mitzuteilen. Kann eine Versickerung nicht erfolgen, so ist in Abstimmung mit dem Beseitigungspflichtigen ein Konzept zur Niederschlagswasserentsorung vor Satzungsbeschluss der unteren Wasserbehörde vorzulegen.	4	den Sachpunkt 2 der Behandlung der Stellungnahme. Die Ableitung über die Vorflut 7/19/2 des Wasser- und Bodenverbandes Stepenitz-Maurine erfolgt. zu 4. Das Entwässerungskonzept liegt vor und ist der Wasserbehörde entsprechend vorzulegen.	Zu berücksichtigen.
Untere Abfallbehörde und Untere Bodenschutzbehörde: Herr Scholz	B	В	
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.	Mind and a second		
Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.			
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	1	zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange zu beachten	Zur Kenntnis zu nehmen.
anentwurf und Begründung berücksichtigen alle abfall- und bodenschutzrechtlichen Belange.	2	sind.	

. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschlus
Anlage achdienst Umwelt	(V		
Untere Wasserbehörde: : Herr Praetorius	1 1		
AZ uWB: 66.11-20/20-74077-143-13	\prod		
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.			
Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.	1		
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.			
Das unbelastete und gering verschmutzte Niederschlagswasser ist aufgrund der bestehenden Satzung des Zweckverbandes Grevesmühlen (Niederschlagswassersatzung – NSchlWS) als Beseitigungspflichtigen erlaubnisfrei zu versickern. Ein Nachweis der Versickerungsfähigkeit des Bodens liegt mit den vorliegenden Unterlagen nicht vor. Vielmehr wurden verschiedene Möglichkeiten zur Niederschlagswasserentsorgung d'argelegt, die jedoch keine klare Regelung in Abstimmung mit dem Beseitigungspflichtigen (ZVG) beinhalten.	12		
Bedingung zur Versickerung des Niederschlagswassers ist der gesicherte Nachweis Fachgutachten) zur Durchführung einer schadfreien Versickerung anhand der Grundstücksgröße, der Bodenkennwerte und der erforderlichen Flächen für die Versickerungsanlagen, dafür ist der ungünstigste Einzelfall zu betrachten. Ist im B-Plangebiet die Versickerung des Niederschlagswassers über eine zentrale Versickerungsanlage (Anschluss nehrerer Grundstücke) geplant, sind entsprechende, fachtechnisch ermittelte Flächen dafür orzussehen und eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde zu eantragen. Die Ergebnisse des Fachgutachtens sind vor Satzungsbeschluss dem Zweckverband Grevesmühlen sowie der unteren Wasserbehörde mitzuteilen.	. 3	В	
ann eine Versickerung nicht erfolgen, so ist in Abstirmmung mit dem Beseitigungspflichtigen ein onzept zur Niederschlagswasserentsorung vor Satzungsbeschluss der unteren Wasserbehörde orzulegen.	4	zu 2. Die Begründung zum Plan wird entsprechend ergänzt und es wird die Vorgehensweise berücksichtigt. Entsprechend der Abstimmung der Verwaltung wird folgender Vorschlag für die Abwägung berücksichtigt. Die beiden stark belasteten Flächen sind zu beräumen. Ein Verkauf dieser Flächen kann	Zu berücksichtigen. Begründung und Text-Teil B sind zu ergänzen.
Intere Abfallbehörde und Untere Bodenschutzbehörde: Herr Scholz	B	grundsätzlich erst nach erfolgter nachgewiesener Sanierung der Flächen erfolgen. Bei den anderen Bauflächen ist davon auszugehen, dass diese Böden gemäß Gutachten	
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, lie im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.		stark bauschutthaltig sind. Es besteht jedoch kein Sanierungsbedarf bzw. Sanierungserfordernis. Die Gemeinde beabsichtigt entsprechende Hinweise in den Kaufverträgen aufzunehmen.	
bie Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, ie im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.		Die nichtüberbaubaren Flächen sind jedoch für eine gärtnerische Nutzung im Sinne der Eigenversorgung mit Obst und Gemüse nicht geeignet. Wenn dies dennoch beabsichtigt	
ie Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	1	ist, ist ein Bodenaustausch bzw. Bodenauftrag von bis zu 35 cm durch den Bauherrn erforderlich. Durch den Bürgermeister werden mit dem Ministerium/StALU Fördermöglichkeiten geprüft.	
anentwurf und Begründung berücksichtigen alle abfall- und bodenschutzrechtlichen Belange.	1	Die Stellungnahme von IGU vom 09.11.2015 wird Anlage der Begründung der Unterlagen.	

d. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Untere Naturschutzbehörde: Frau Hamann	0	С	
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.	And the second s		
Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.		zu 1.	
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	1	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Baum- und Alleenschutz: Frau Hamann Laut Satzungsentwurf - Textteil B - soll als Vorsorge- und Minimierungsmaßnahme zum Artenschutz ein Gehölzrückschnitt am westlich des Plangebietes gelegenen Kleingewässer erfolgen. Sofern von der Maßnahme nach § 18 NatSchAG M-V geschützte Bäume betroffen sind, sind an geschützten Einzelbäumen ausschließlich Pflegemaßnahmen entsprechend der ZTV-Baumpflege zu lässig. Für darüber hinausgehende Rückschnittmaßnahmen ist eine Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde erforderlich. Auch Sondermaßnahmen entsprechend der ZTV bedürfen einer Zustimmung durch die untere Naturschutzbehörde.	2	zu 2. Die Ausführungen werden als Hinweis im Text-Teil B berücksichtigt und in der Begründung ergänzt.	Zu berücksichtigen.
Untere Immissionsschutzbehörde: Frau Warda	1	D	
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.			
Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.		zu 1.	
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	1	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange bestehen. zu 2.	Zur Kenntnis zu nehmen.
In der vorliegenden Satzung werden planungsrechtliche Festsetzungen getroffen, um einen Rahmen für die zukünftige bauliche Nutzung zu schaffen. Die Art der Nutzung wird als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht gibt es zur o.g. Planung keine weiteren Hinweise oder Anregungen.	2	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine immissionsschutzrechtlichen Bedenken bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Rechtsgrundlagen	0	Е	
WHG Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung des Art.1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.Juli 2009 (BGBI, I S. 2585) zuletzt geändert mit Art.1 des Gesetzes zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sowie zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 11.06.2011 (BGBI, I S. 1986)	1	zu 1. Die Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen und bei Erfordernis ergänzt.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
LWaG Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 30.November 1992 (GVOBI. M-V S.669), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ergänzung und Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und Änderung anderer Gesetze vom 4. Juli 2011 (GVOBI. M-V S. 759) BBodSchG Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBI. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBI. I S. 212) geändert worden ist BBodSchV Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBI. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBI. I S. 212) geändert worden ist KrWG Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBI. I S. 212) LBodSchG Gesetz über den Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz - LBodSchG M-V) vom 4. Juli 2011 (GVOBI. M-V.S. 759) NatSchAG M-V Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 23. Februar 2010, verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zur Bereinigung des Landesnaturschutzrechts vom 23.02.2010 (GVOBI. M-V S. 65) BNatSchG Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBI. Teil I Nr. 51, S. 2542) BArtSchV Bundesartenschutzverordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBI. I S. 2705), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 275), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 275), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 2765), zuletzt geändert durch Art. 2 fes Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 2765), zuletzt geändert durch Art. 2 fes Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 2765), zuletzt geändert durch Art. 2 fes Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 2765), zuletzt geändert durch Art. 2 fes Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBI. I S. 2765), zuletzt geändert durch Art. 2 fes Gesetzes vom 25. Dezember 2007 (BGBI. I S. 2765), zuletzt geändert durch Ar	74.1		
Kommunalaufsicht Die Kommunalaufsicht hat keine Bedenken oder Vorbehalte vorzubringen: X	D	F zu 1.	
Die Kommunalaufsicht nimmt wie folgt Stellung:	5	Die Gemeinde ist Planaufsteller. Die Planungshoheit und die Verantwortung liegen somit	Zur Kenntnis zu nehmen.
Zur finanziellen Auswirkung der Planung auf die Gemeinde kann keine Aussage getroffen werden, da Kosten nicht angegeben wurden.	1	bei der Gemeinde. Die Gemeinde wird dies bei der Kaufpreisgestaltung berücksichtigen.	
Vorstehende Stellungnahme gilt im übrigen unter der Voraussetzung, dass die Stadt/Gemeinde ihre Einnahmemöglichkeiten vollständig ausschöpft, um die mit der Realisierung der Planung verbundenen Kosten weitestgehend zu refinanzieren. Hierzu zählt sowohl die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem BauGB bzw. von Beiträgen nach dem KAG als auch die Abwälzung anderer Folgekosten (z.B. für Ausgleichsmaßnahmen, Aufforstung usw.) durch den Abschluss von Folgekostenverträgen.	Committee of the commit	G	
FD Öffentlicher Gesundheitsdienst Es werden keine Hinweise und Bedenken geltend gemacht.	(3)	zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise und Bedenken geltend gemacht	Zur Kenntnis zu nehmen.
FD Bau und Gebäudemanagement Straßenaufsicht Entsprechend den vorliegenden Planunterlagen ergeht folgende Stellungnahme:	T	werden. H	
1. Für die zu planenden Straßen und Nebenanlagen sind die Ausbaubreiten, Sicherheitsabstände, Grundmaße für Verkehrsräume und lichte Räume von Kraftfahrzeugen, Radfahrern und Fußgängern, Flächen für Kurvenfahrten (Kurvenverbreiterungen) und Sichtweiten entsprechend RASt 06 einzuhalten. Maste der Straßenbeleuchtung, Schaltschränke usw. sind <u>außerhalb</u> des Lichtraumprofils der Straßen und Nebenanlagen anzuordnen. Flächen für Abstände zu Grundstückseinfriedungen oder Einbauten wie z.B. Straßenlampen neben den Fahrbahnen sind bei den öffentlichen Verkehrsflächen <u>zusätzlich</u> zu berücksichtigen.	1	zu 1. Die Anforderungen an den Straßenbau sind dadurch berücksichtigt, dass die technische Planung des beauftragten Ingenieurbüros zugrunde gelegt wird. Die Begründung ist zu ergänzen. Für die Erschließung des B-Planes Nr.3 "Gutshaus Testorf" wurde für den Verkehrswegebau die Fachgenehmigung am 12.08.2015 durch die Straßenaufsichtsbehörde des Landkreises erteilt.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
 Das Befahren der Planstraße "B" ist mit Müllfahrzeugen aufgrund von fehlenden Wendeanlagen nicht möglich. Deshalb sind an der Wendemöglichkeit in der Planstraße "A" Stellplätze für Müllbehälter vorzusehen. 	2	zu 2. Eine entsprechend Fläche zum Aufstellen von Müllbehältern ist vorzusehen. Die Fläche wird entsprechend der technischen Planung dargestellt.	Zu berücksichtigen.
 Die Mischverkehrsfläche im verkehrsberuhigten Bereich ist ohne deutliche Trennung Fahrbahn / Hochbord / Gehweg vorzusehen. Die Ausführungsunterlagen für die Erschließungsstraßen sind gemäß § 10 StrWG-MV der Straßenaufsichtsbehörde in 3-facher Ausfertigung zur Erteilung der Fachgenehmigung vorzulegen. 	3	zu 3. Die Gemeinde nimmt dies zur Kenntnis. Im Zuge der technischen Planung werden die entsprechenden Auswertungen und Abstimmungen geführt. Eine Festsetzung hierzu erfolgt nicht.	Teilweise zu berücksichtigen.
Straßenbaulastträger Keine Hinweise und Bedenken. FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr Keine Hinweise und Bedenken.	2 E	zu 4. Die Fachgenehmigung wurde am 12.08.2015 erteilt. zu 5.	Zur Kenntnis zu nehmen.
FD Bauordnung und Planung SG Bauordnung und Bauleitplanung Brandschutz Zur Frage der Umsetzung von gemeindlichen Pflichten bezüglich der Grundsicherung mit Löschwasser im Zuständigkeitsgebiet (Grundschutz) entsprechend § 2 BschG M-V gelten in Anwendung des DVGW Arbeitsblattes-W405 die hier enthaltenen Anforderungen als Rahmen- bedingungen bei der Planung. Hiernach können alle geeigneten Löschwasserentnahmeeinrichtungen in einem Löschbereich mit)× (K)	Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Straßenbaulastträger keine Hinweise und Bedenken hat. I zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise und Bedenken bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
einem Radius von nochstens 300 m (Luflinie) berücksichtigt werden. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass zum Aufbau einer Wasserversorgung über lange Wegstrecken, die real nutzbaren Entfernungen aufgrund der hierfür benötigen Zeit des hohen Material- und Personaleinsatzes, nicht wesentlich größer sein dürfen. Trotz unterschiedlicher Varianten der Löschwasserversorgung, wie z.B. über Hydranten mit Anschluss an das öffentliche Trinkwasserrohmetz, künstlich angelegte oder natürliche Löschwasserreservats, wie Löschwasserteiche, Löschwasserzisternen oder Brunnen, Seen und Teiche, welche aufgrund ihrer Beschaffenheit den Anforderungen an Löschwasservorhalteanlagen erfüllen können, sind einheitliche Abstände grundsätzlicher Maßstab zur Festlegung von Maximalentfernungen zwischen der nächstgelegen Entnahmestelle und einem Gebäude bzw. zu einer baulichen Anlage. Ausnahmen bilden Gewerbe- und Industriegebiete sowie besonders		K zu 1. Die Gemeinde sichert die Löschwasserbereitstellung durch entsprechende Entnahme aus den Teichen ab. Dies ist bisher die gewählte Vorgehensweise und gesicherte Vorgehensweise.	Zu berücksichtigen.
gefährdete Gebäude. Während das DVGW Arbeitsblatt-W331 / 2006-11 Abstände von Hydranten in offenen Wohngebieten von 140 m, in geschlossen Wohngebieten von 120 m und in Geschäftsstraßen von 100 m empfiehlt, ist aus Veröffentlichungen des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) bedeutend geringere Entfernung zwischen Straßenkante betreffender Gebäude und der nächsten Entnahmestelle zu entnehmen. Ausgehend des Einsatzes eines Löschfahrzeuges ohne zusätzlichen Personal und Materialausstattung werden hiernach 75 m in Luftlinie noch gerade für ausreichend angesehen. (Bezug: § 14 LBauO M-V / DVGW Arbeitsblatt W405, W331 / Mayr-Battran, Brandschutzatlas)	The Company and the Company of the C		
Bei der Nutzung von vorhandenen offenen Gewässern als Löschwasseranlagen, ist die Löschwasserentnahme durch eine vor Frosteinwirkung geschützte Entnahmeeinrichtung sicherzustellen. An der Entnahmestelle ist eine ausreichend dimensionierte Aufstellfläche für Feuerwehrfahrzeuge mit Anbindung an die öffentlichen Verkehrsflächen erforderlich. Die Aufstellfläche und die Zufahrt muss der -Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr- i.d.F. August 2006 entsprechen. Zufahrt und Entnahmestelle sind mit Hinweisschilder nach DIN 4066 zu kennzeichnen.			

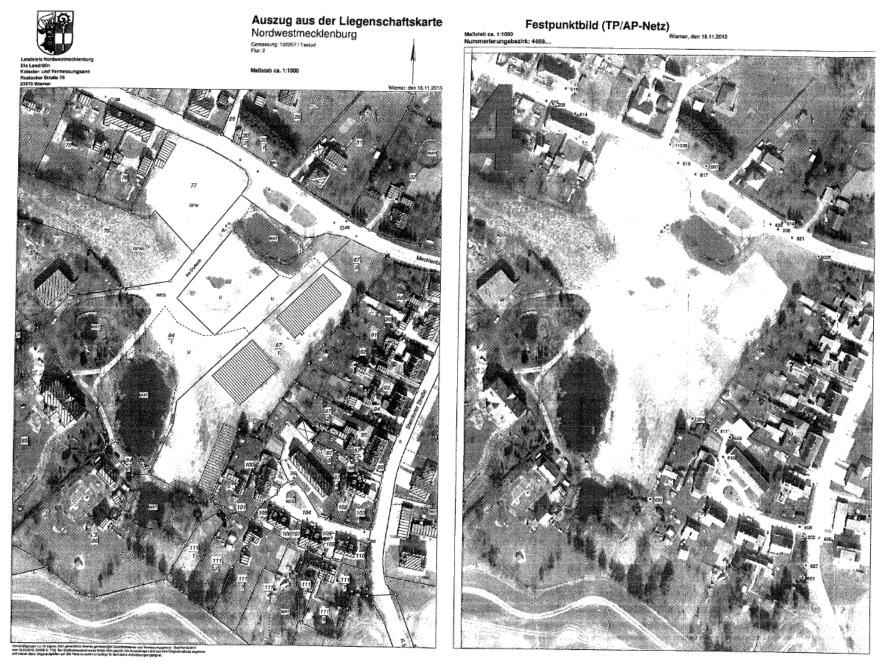
d. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschlu
Bauleitplanung Die Gemeinde Testorf-Steinfort will mit dem Bebauungsplan Nr. 3 "Am Gutshof" im Ortsteil Testorf die planungsrechtliche Zulässigkeit zur Errichtung von Wohngebäuden auf einem ehemaligen LPG-Hof schaffen. Folgende Hinweise und Ergänzungen werden gem. § 4 Abs. 2 BauGB geltend gemacht, die in der weiteren Planung der Gemeinde Testorf-Steinfort zu berücksichtigen sind.	() p	L zu 0. Allgemeine Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Planinhalte sind davon nicht berührt.	Zur Kenntnis zu nehmen.
I. Allgemeines Der Bebauungsplan setzt für den ehemaligen LPG-Hof inmitten des Ortsteils ein allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO fest. Weiterhin werden Grün- und Wasserflächen festgesetzt.	+	zu 1. Die allgemeinen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Anforderungen an den Plan und den Planinhalt ergeben sich dadurch nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Das Verfahren nach §13a BauGB zur Erstellung eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung wird ausreichend begründet. Der Bebauungsplan entwickelt sich aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde.	1	zu 2. Die Rechtsgrundlagen werden nach Auffassung der Gemeinde berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
II. Rechtsgrundlagen, Präambel, Verfahrensvermerke Die Rechtsgrundlagen sind wie folgt anzuführen: Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23. Sept. 2004 (BGBI. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBI. I S. 1548)	The state of the s	Grundsätzlich sind Verfahren nach dem BauGB, die vor Inkrafttreten einer Gesetzesänderung eingeleitet worden sind, nach den bisherigen Rechtsvorschriften fortzuführen und zu Ende zu bringen. Die Fortführung des Verfahrens ist nach der anerkannten Rechtsprechung nicht fristgebunden, so dass auch ein Verfahren noch nach längerer Zeit nach dem alten recht fortgeführt und zum Abschluss gebracht werden kann.	
sowie der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Jan. 1990 (BGBI. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung vom 11.06.2013 (BGBI I S. 1548), sowie nach der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 18. April 2006 (GVOBI. M-V S. 102), wird nach Beschlussfassung durch die Stadt/Gemeindeventretung.	2	Das ist auf den Planunterlagen zu dokumentieren und es muss ersichtlich sein auf welcher Rechtsgrundlage das Verfahren geführt wurde. zu 3.1.	
olgende Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen.		Der Kronentraufbereich wird entsprechend berücksichtigt.	Zu berücksichtigen.
n der Gesetzesänderung wird auf die Regelungen für "Altverfahren" hingewiesen. Somit kann das neue Gesetz als Grundlage dienen. II. Planerische Festsetzungen Planzeichnung	3	zu 3.2. Die Paragraphen der BauNVO wird ergänzt.	Zu berücksichtigen.
Im die Bäume herum ist eine blaue Linie gezeichnet. Diese ist nicht weiter erläutert. Vermutlich andelt es sich um die Kronenschutzbereich aus Textteil B – Nr. 4. Die Erläuterung ist zu rgänzen.	21.	zu 3.3. In dem Maß wie es erforderlich ist, wird zwischen § 9 Abs. 1 Nr. 25a und b unterschieden.	Teilweise zu berücksichtiger
Planzeichenerklärung		zu 3.4. Der Plan ist maßstäbig. Insofern lässt sich der Kronentraufbereich aus dem	Nicht zu berücksichtigen.
Den Planzeichen zum Maß der baulichen Nutzung sollten die Paragraphen aus der BauNVO zugeordnet werden.	32.	maßstabsgerechten Plan entnehmen. Um den Plan nicht zu überfrachten, wird auf ein Maß verzichtet.	
s ist zwischen § 9 Abs. 1 Nr. 25a und b zu unterscheiden.	3.3	zu 3.5.	
eil B - Text 4 Vie groß sind die Kronenschutzbereiche? Wenn sie bekannt sind, sollten sie in der Planzeichnung ingetragen werden.	3.4.	Die unteren Bezugspunkte werden aus der bereits baufachlich geprüften und genehmigten technischen Planung zu entnehmen sein. Für die Grundstücke an der Straße "Am Dorfteich" die vorhandene Straße. Der Festsetzungsvorschlag wird entsprechend übernommen aus Textteil B.	Teilweise zu berücksichtiger
6 ie Erschließungsstraße ist noch nicht fertig gestellt. Wahrscheinlich ist, dass sie auch bei aubeginn noch nicht fertig gestellt sein wird. Damit entfällt dieser Bezugspunkt für die Höhenlage er Gebäude.	5,5.	"7.1 Für die Grundstücke "Am Dorfteich" gilt als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage: - die Oberkante der Fahrbahn in der Mitte des an die Straße angrenzenden Grundstückteils des jeweilig betrachteten Grundstücks.	

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Bauleitplanung Die Gemeinde Testorf-Steinfort will mit dem Bebauungsplan Nr. 3 "Am Gutshof" im Ortsteil Testorf die planungsrechtliche Zulässigkeit zur Errichtung von Wohngebäuden auf einem ehemaligen LPG-Hof schaffen. Folgende Hinweise und Ergänzungen werden gem. § 4 Abs. 2 BauGB geltend gemacht, die in der weiteren Planung der Gemeinde Testorf-Steinfort zu berücksichtigen sind. I. Allgemeines Der Bebauungsplan setzt für den ehemaligen LPG-Hof inmitten des Ortsteils ein allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO fest. Weiterhin werden Grün- und Wasserflächen festgesetzt. Das Verfahren nach §13a BauGB zur Erstellung eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung wird ausreichend begründet. Der Bebauungsplan entwickelt sich aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde.	(J) \$ 1	 7.2 Für die Grundstücke an den Planstraßen A und B gilt als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage: die Oberkante der Fahrbahn, anhand der verkehrstechnischen Ausbauplanung ermittelt, in der Mitte des an die Straße angrenzenden Grundstückteils des jeweilig betrachteten Grundstücks". Aufgrund der vorhandenen Planunterlagen ist der untere Bezugspunkt hinreichend bestimmt. Die Ausbauplanung mit der dargestellten Gradiente wird den Verfahrensunterlagen beigefügt. Zusätzlich erfolgt zur Rechtseindeutigkeit im Teil-B Text eine Differenzierung der Festsetzungen zur Höhenlage und zur Höhe der baulichen Anlagen ohne den festgesetzten Regelungsinhalt zu verändern. 	
II. Rechtsgrundlagen, Präambel, Verfahrensvermerke Die Rechtsgrundlagen sind wie folgt anzuführen:	+		
Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23. Sept. 2004 (BGBL I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBL. I S. 1548) sowie der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Jan. 1990 (BGBL I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung vom 11.06.2013 (BGBL. I S.1548), sowie nach der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 18. April 2006 (GVOBL M-V S. 102), wird nach Beschlussfassung durch die Stadt/Gemeindevertretung Stadt/Gemeinde vom folgende Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen.	2		
In der Gesetzesänderung wird auf die Regelungen für "Altverfahren" hingewiesen. Somit kann das neue Gesetz als Grundlage dienen.	interespense		
III. Planerische Festsetzungen Planzeichnung	3		
Um die Bäume herum ist eine blaue Linie gezeichnet. Diese ist nicht weiter erläutert. Vermutlich handelt es sich um die Kronenschutzbereich aus Textteil B – Nr. 4. Die Erläuterung ist zu ergänzen.	21.		
Planzeichenerklärung	+		
Den Planzeichen zum Maß der baulichen Nutzung sollten die Paragraphen aus der BauNVO zugeordnet werden.	32.		
Es ist zwischen § 9 Abs. 1 Nr. 25a und b zu unterscheiden.	3.3		
Teil B - Text	3.).		
I.4 Wie groß sind die Kronenschutzbereiche? Wenn sie bekannt sind, sollten sie in der Planzeichnung eingetragen werden.	34.		
 6 Die Erschließungsstraße ist noch nicht fertig gestellt. Wahrscheinlich ist, dass sie auch bei Baubeginn noch nicht fertig gestellt sein wird. Damit entfällt dieser Bezugspunkt für die Höhenlage der Gebäude. 	5,5.		

. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Vie ist "untergeordnet" definiert? Besser wäre, hier mit konkreten Grenzwerten und Maßgaben zu rbeiten. 1.4.1 Vird in den Festsetzungen oder der Begründung auf DIN-Vorschriften hingewiesen, muss ichergestellt werden, dass die Betroffenen davon verlässlich und in zumutbarer Weise Kenntnis	3.7.	zu 3.6 Es wird rechtseindeutig festgesetzt, dass die Traufhöhe nicht für Traufen von Dachaufbauten und –einschnitten sowie für Nebengiebel und Krüppelwalm bei Hauptgebäuden gilt. Somit werden hinreichend bestimmte Festsetzungen getroffen.	Zu berücksichtigen.
rlangen können. Dies kann in der Regel nur durch Bereithalten zur Einsichtnahme (mit Hinweis arauf auf Planunterlage) im Amt sichergestellt werden. (BVwerG-Beschluss vom 29. Juli 2010, Az. BN 21/10)	+	zu 3.7. Der Hinweis erfolgt auf der Planunterlage. Die Anforderungen an DIN-Vorschriften	Zu berücksichtigen.
.4.3.2 fie soll die Aufwertung konkret erfolgen? Hier wird nur die Geeignetheit des Rückschnittes enannt, aber keine konkreten Festsetzungen getroffen.	3.P.	zu 3.8.	
.6.1.3 (laufende Nummerierung unterbrochen) s wird nicht genannt, wie viele Lesesteinhaufen gelegt werden sollen. Die Festsetzung ist zu onkretisieren.	3.9,	Die Festsetzung wird dahingehend präzisiert, dass nicht nur "geeignet" formuliert wird, sondern dass ein Rückschnitt vorzusehen ist.	Zu berücksichtigen.
<u>. Begründung</u> der Begründung ist auf die gegebenen Hinweise und Ergänzungen abzustellen.	+	zu 3.9 Es werden 2 Lesesteinhaufen angelegt. Es erfolgt eine Ergänzung von Text-Teil B.	Zu berücksichtigen. Ergänzung von Text-Teil B.
ofallwirtschaftsbetrieb	#B (B)	zu 4. Die Begründung wird ergänzt.	Zu berücksichtigen.
ehe Anhang.	110	M zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise und Bedenken bestehen	Zur Kanntnis zu nahman
		N	Zui Reintins zu neimen.
		Die Stellungnahme des Kataster- und Vermessungsamtes wird nachfolgend behandelt. Siehe unter II.1a.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Az. BN 21/10) 1.4.3.2 fie soll die Aufwertung konkret erfolgen? Hier wird nur die Geeignetheit des Rückschnittes enannt, aber keine konkreten Festsetzungen getroffen. 1.6.1.3 (laufende Nummerierung unterbrochen) swird nicht genannt, wie viele Lesesteinhaufen gelegt werden sollen. Die Festsetzung ist zu onkretisieren. 1. Begründung der Begründung ist auf die gegebenen Hinweise und Ergänzungen abzustellen. 1. Stallwirtschaftsbetrieb eine Hinweise und Bedenken. 1. Bedründung und Bedenken. 1. Stallwirtschaftsbetrieb eine Hinweise und Bedenken.		Der Hinweis erfolgt auf der Planunterlage. Die Anforderungen an DIN-Vorschriften werden durch die Verwaltung beachtet. Die Verwaltung berücksichtigt dies. zu 3.8. Die Festsetzung wird dahingehend präzisiert, dass nicht nur "geeignet" formuliert wird, sondern dass ein Rückschnitt vorzusehen ist. zu 3.9 Es werden 2 Lesesteinhaufen angelegt. Es erfolgt eine Ergänzung von Text-Teil B. zu 4. Die Begründung wird ergänzt. M zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise und Bedenken bestehen. N zu 1. Die Stellungnahme des Kataster- und Vermessungsamtes wird nachfolgend behandelt.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Ergävon Text-Teil B. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Landkreis Nordwestmeckler Die Landrätin Kataster- und Vermessungsamt Landkreis Nordwestmecklenburg FD Umwelt Untere Naturschutzbehörde Rostocker Str. 76 23970 Wismar Ihr Geschäftszeichen / Antrag vom 14.11.2013 B-Plan Nr. 3 für das Ge Beteiligung als TÖB Sehr geehrte Damen und Herren, In dem Baubereich befinden sich diverse Aufnahme- und Punkte sind zu sichem und nach Fertinstellen der Raum	Auskunfi erleit ihnen: Herr Wienhold Dienstgebäude: Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen Zimmar Telefon Fax 2,415 03841/3040-8249 03841/43040- 86249 E-Mail: p.wienhold@nordwestmecklenburg.de Linser Zeichen: 2013-B1-0105 Orl, Datum Grevesmühlen, 19,11,2013 ebiet "Am Gutshof" in Testorf d Sicherungspunkte des Lagenetzes. Diese	zu 1. Die Hinweise sind in der Begründung zu berücksichtigen. Das Festpunktbild wird Anlage	Entscheidung/Beschluss Teilweise zu berücksichtigen.
Entsprechend ist auch mit Grenzeteinen von Grundstück Baumaßnahme berührt werden. In der Anlage übersend der Aufnahmepunkte. Für die Sicherung bzw. Wiederher Katasteramt bzw. von zugelassenen Öffentlich bestellter Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Ver Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Wienhold Anlagen: 1 Flurkartenauszug mit Luftbild 1 Übersichtskarte mit Festpunkten de	kagrenzen zu verfahren, falls diese von der e ich Ihnen Lagepläne und Übersichten der Lage stellung der Punkte sollten die Arbeiten durch das n Vermessungsingenieuren ausgeführt werden. rfügung.	der Begründung. Auf eine Übernahme in die Planzeichnung wird verzichtet, weil ohnehin das Gesetz einzuhalten ist.	

Anlage 1 zum Beschluss 2015-______- Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" im Ortsteil Testorf



lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg			
Stadt Grevesmühlen Z. H. Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Bgm HA KA BA C. Schwerin, 10. Dezember 2013			
Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf Ihr Schreiben vom 11. November 2013			
Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen nehme ich in meiner Funktion als Träger öffentlicher Belange und aus fachtechnischer Sicht wie folgt Stellung:	Ø	Zu 0: Die Stellungnahme wird nachfolgend behandelt. Siehe nachfolgende Behandlung.	Zur Kenntnis zu nehmen.
 Landwirtschaft/EU-Förderangelegenheiten Die o. g. Planungsunterlagen habe ich aus landwirtschaftlicher Sicht geprüft. Weitere Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert. 	1	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken aus landwirtschaftlicher Sicht vorgetragen werden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
2. Integrierte ländliche Entwicklung Als zuständige Behörde zur Durchführung von Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes und des Flurbereinigungsgesetzes möchte ich mitteilen, dass das Gebiet, auf das sich die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf bezieht, im Bereich des Bodenordnungsverfahrens Testorf - Friedrichshagen befindet. Das ebengenannte Bodenordnungsverfahren befindet sich kurz vor dem Abschluss, das heißt, die betroffenen Grundbuchblätter und das Kataster wurden komplett erneuert. Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert.	2	Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Bodenordnungsverfahren zum Abschluss gebracht wird. Ebenso wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen und Bedenken vorgetragen werden. Zu 3.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass naturschutzfachliche Belange des StALU nicht berührt sind. Die übrigen TÖB wurden durch die Gemeinde entsprechend beteiligt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
3. Naturschutz, Wasser und Boden 3.1 Naturschutz Von dem Vorhaben sind meine Belange nach §§ 5 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und 40 Abs. 2 Nr. 2 Naturschutzausführungsgesetz (NatSchAG M-V) nicht betroffen. Die Belange anderer Naturschutzbehörden nach §§ 2, 3, 4, 6 und 7 NatSchAG M-V sind zu prüfen.	31.		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
3.2 Wasser Gewässer erster Ordnung gem. § 48 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg- Vorpommern (LWaG) und wasserwirtschaftliche Anlagen in meiner Zuständigkeit werden nicht berührt, so dass von hier gegen das Vorhaben keine wasserwirtschaftlichen Bedenken bestehen.	32	Zu 3.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass Gewässer erster Ordnung nicht berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
3.3 Boden Das Altlasten- und Bodenschutzkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenkataster sind dort erhältlich.	3.3.	Zu 3.3 Die Gemeinde hat die Stellungnahme des Landkreises eingeholt. Siehe unter der entsprechenden Behandlung der Stellungnahme des Landkreises.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Werden in Bewertung dieser Auskünfte oder darüber hinaus durch Sie schädliche Bodenveränderungen, Altiasten oder altlastverdächtige Flächen im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind Sie in Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz – LBodSchG M-V) verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen.	1,4	Zu 3.4 Die Gemeinde hat sich mit der Situation der Bodenbeschaffenheit beschäftigt und berücksichtigt entsprechende Hinweise im Teil-B Text und in der Begründung.	Zu berücksichtigen.
4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft Ich verweise auf meine Stellungnahme vom 24.05.2012.	4	Zu 4. Die Stellungnahme bzw. Auswertung der Stellungnahme vom 24.05.2012 wird beigefügt.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Thomas riebel	Waterinson		

lfd.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Nr.			
	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg Stadt Grevesmühlen Z. H. Frau Matschke Rathausplatz 1 29936 Grevesmühlen Z. J. J. J. J. Statu WM-12-13-12-512-50069/ Zeitzbe Schnitwicker angeben) Schwerin Athai 2012 Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf Ihr Schreiben vom 23. April 2012 Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen nehme ich in meiner Funktion als Träger öffentlicher Belange und aus fachtechnischer Sicht wie folgt Stellung: 1. Als Verwalter landeseigener Liegenschaften in M-V (Bearbeiterin: Frau Brandt, Durchwahl: -121) Zu der in den Unterlagen ausgewiesenen Maßnahme in der Gemarkung Testorf sind landeseigene Liegenschaften im Bereich Wasser und Boden sowie Naturschutz, die durch das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg verwaltet werden, nicht betroffen. 2. Landwirtschaft/EU-Förderangelsgenheiten (Bearbeiterin: Frau Lütgens, Durchwahl: -207) Die o. g. Planungsunterlagen habe ich aus landwirtschaftlicher Sicht geprüft. Weitere Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert. 3. Integrierte ländliche Entwicklung (Baarbeiter: Herr Beese, Durchwahl: -362) Als zuständige Behörde zur Durchführung von Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes und des Flurbereinigungsgesetzes möchte ich mittellen, dass sich das Gebiet des Bebauungsplanes Vr. 3 der Gemeinder Testorf-Steinfort im Bereich des Boden	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine landeseigenen Liegenschaften für Wasser, Naturschutz und Boden berührt sind. Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Förderbelange berührt sind. Zu 3. Es wird dargestellt, dass die Gemeinde im Bodenordnungsverfahren Testorf-Friedrichshagen enthalten ist.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
	Hausanschrift: Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umweit Westmecklenburg Bleicherufer 13 19063 Schwerin Telefax: 0385 / 59 58 6 - 0 Telefax: 0385 / 59 58 6 - 570 E-Mail: poststelle@staluwm.mv-regierung.de		

fd. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Das BOV Testorf-Friedrichshagen ist hinsichtlich der Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nahezu abgeschlossen, so auch die Berichtigung des Liegenschaftskatasters im überplanten Bereich. Die Planung bezieht sich auf den neuen Katatserbestand. Bedenken werden nicht geäußert. 4. Naturschutz, Wasser und Boden (Bearbeitenin: Frau Schmidt, Durchwahl: 501) 4.1 Naturschutz Von dem Vorhaben sind meine Belange nach §§ 5 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und 40 Abs. 2 Nr. 2 Naturschutzausführungsgesetz (NatSchAG M-V) nicht betroffen. Die Belange anderer Naturschutzbehörden nach §§ 2, 3, 4, 6 und 7 NatSchAG M-V sind zu prüfen. 4.2 Wasser Gewässer erster Ordnung gem. § 48 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) und wasserwirtschaftliche Anlagen in meiner Zuständigkeit werden nicht berührt, so dass von hier gegen das Vorhaben keine wasserwirtschaftlichen Bedenken bestehen. 4.3 Boden Das Altastenkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhänd der Erfassung durch die Landräte der Landreise und Oberbürgermeister der Kreisferlen Stade geführt. Entsperchende Auskünfte aus dem Altastenkataster sind dort erhältlich. Werden in Bewertung dieser Auskünfte durch Sie schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind mit mir gemäß § 13 BGodSchG die potwendige Malknahmen abzustimmen (Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplanung, Sanierung bzw. Sicherung). Bei der Erfüllung dieser Plichten ist die planungsrechtlich zulassige Nutzung der Grundstücke und das sich daraus ergebende Schutzbedürnist zu beachten, soweit dieses mit den Bodennwirkungen nicht hervorgerpfen werden. Bodennwirkungen sind zu vermeiden bzw. zu vermindern, soweit das im Rahmen der Baumaßnahmen verhältnismäßig ist. Bei der Sicherung von schädlichen Bodenveränderungen sitzt zu gewährleisten, dass die Vorhabensträger die entspreichen bzw. die Altstas soweit enffernt werde	ter 3	Zu 4.1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Naturschutzbelange nicht berührt sind. Übrige Naturschutzbehörden werden beteiligt. Zu 4.2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Gewässer berührt sind. Zu 4.3. Die Gemeinde hat Kenntnis, dass keine Altlasten berührt sind. Dies ist bereits beachtet. Zu 4.4. Die Anforderungen an Bundesbodenschutzgesetz werden beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

lfd.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
lfd. Nr.	5. Immissions- und Klimaschutz, Abfail- und Kreislaufwirtschaft (Bearbeiterin: Frau Reinkober, Durchwaht: - 402) Ich ergänze Ihre Feststellungen im Text (Teil B) wie folgt: Zur Gewährleistung des Immissionsschutzes sind die schalltechnischen Orientierungswerte für die städtebauliche Planung entsprechend DIN 18005 im Gebiets eibst wie auch in den angrenzenden Gebieten, je nach ihrer Einstufung gemäß Baunutzungsverordnung einzuhalten und nach Möglichkeit zu unterschreiten. Folgende Immissionsrichtwerte "Außen" (Lärm) dürfen nicht überschritten werden: allgemeine Wohngebiete (WA) tags 55 dB (A) nachts 45 dB (A) bzw. 40 dB (A) Der niedrigere Nachtwert gilt für Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Lärm von vergleichbaren öffentlichen Betrieben. Kurzzeitige Geräuschspitzen müssen vermieden werden, wenn sie die o. g. Richtwerte tags um mehr als 30 dB (A) und nachts um mehr als 20 dB (A) überschreiten.	Zu 5. Die Anforderungen an Immissionsschutz sind zu beachten. Es wird davon ausgegangen, dass der Verkehr auf der Dorfstraße nicht zu Beeinträchtigungen innerhalb des Plangebietes führt. Die Begründung wird ergänzt. Eine Festsetzung im Text (Teil B) wird nicht vorgenommen. Aus Sicht der Gemeinde ist eine Regelung zum Schallschutz nicht erforderlich. Im Beteiligungsverfahren der zuständigen Behörde, Landkreis Nordwestmecklenburg, Untere Immissionsschutzbehörde, wurden auch keine Anforderungen diesbezüglich aufgetan.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Amt für Raumordnung und Engegangen Landesplanung Westmecklenburg [2 Dez. 2013			
Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg Schloßstraße 6 - 8, 19053 Schwerin 13			
Amt Grevesmühlen-Land Für die Gemeinde Testorf-Steinfort Rathausplatz 1 Besrbeiter: Frau Ecks Telefon: 0385 588 89 142 Fax: 0385 588 89 190			
23936 Grevesmühlen E-Mail: doerte.ecks@afrtwm.mv-regierung.de AZ: 120-506-20/12 Datum: 09.12.2013			
Die angezeigten Planungsabsichten werden nach den Grundsätzen und Zielen der Raum- ordnung und Landesplanung gemäß Landesplanungsgesetz, Landesraumentwicklungs- programm für Mecklenburg-Vorpommern (LEP M-V) und dem Regionalen Raumentwick- lungsprogramm Westmecklenburg (RREP WM) beurteilt.			
Landesplanerische Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 3 "Am Gutshof" der Gemeinde Testorf-Steinfort			
Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB Ihr Schreiben vom 11.11.2013 (Posteingang 14.11.2013) Ihr Zeichen: 6004./mat			
Bewertungsergebnis	-	Zu 1.	
Der Bebauungsplan Nr. 3 "Am Gutshof" der Gemeinde Testorf-Steinfort ist mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar.	1	Die Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Vorgelegte Unterlagen und Planungsziele	+		
Zur Bewertung hat der Bebauungsplan Nr. 3 "Am Gutshof" bestehend aus Planzeichnung (Stand 05/2013) und Begründung vorgelegen.	12	Zu 2. Die Ausführungen zu vorgelegten Unterlagen und Planungszielen werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit der vorliegenden Planung möchte die Gemeinde Testorf-Steinfort die bau- und pla- nungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnhäusern schaffen.			
Raumordnerische Bewertung	+	Zu 3.	
Die Gemeinde Testorf-Steinfort befindet sich im Norden der Planungsregion Westmeck- lenburg und wird vom Amt Grevesmühlen-Land verwaltet. Gemäß RREP WM liegt das Gemeindegebiet im strukturschwachen ländlichen Raum und im Vorbehaltsgebiet Land- wirtschaft. Weiterhin sind in der Gemeinde Testorf-Steinfort ein Vorbehaltsgebiet Rohstoff- sicherung und ein Eignungsgebiet für Windenergieanlagen ausgewiesen.	3	Die Aussagen zur Raumordnung und Bewertung werden zur Kenntnis genommen. Sie berühren die Planziele der Gemeinde nicht. Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass raumordnerische Bedenken nicht entgegenstehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Bis zum 31.12.2012 konnten in der Gemeinde 618 Einwohner registriert werden. Mit dem Bebauungsplan Nr. 3 werden Flächen innerhalb der Ortslage Testorf in Anspruch genommen, auf denen leer stehende landwirtschaftliche Gebäude vorhanden waren. Somit kann durch die Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 3 eine Umnutzung bzw. Verdichtung von Siedlungsflächen erzielt werden (vgl. Pkt. 4.1 (2) RREP WM). Raumordnerische Belange stehen dem Bebauungsplan Nr. 3 nicht entgegen.	743		
Abschließende Hinweise Die landesplanerische Stellungnahme bezieht sich auf die Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung und greift der erforderlichen Prüfung durch die zuständige Genehmigungsbehörde nicht vor. Sie gilt nur solange, wie sich die Beurteilungsgrundlagen für das Vorhaben nicht wesentlich ändern.	Y	Zu 4. Die Gemeinde nimmt diesen Hinweis zur Kenntnis. Es ist die abschließende Stellungnahme, die im Verfahren berücksichtigt wird.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Die Gebietskörperschaft wird gebeten, ein Exemplar (Text- und Kartenteil) des genehmigten Planes dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg zur Übernahme in das Raumordnungskataster gemäß § 19 LPIG zu übersenden.	5	Zu 5. Entsprechende Unterlagen werden der Behörde durch das Amt zur Verfügung gestellt.	Zu berücksichtigen.
Rainer Pochstein Verteiler Landkreis Nordwestmecklenburg, Fachdienst Bauordnung und Planung - per Mail EM VIII 410-1 - per Mail			

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
X	Bergamt Stralsund			
Rathauspl	meinde Testorf-Steinfort Stadt Grevesmühlen Fon: 03831 / 61 21 41			
hr Zeichen / vom 11/11/2013 6004./mat	Mein Zeichen / vom Telelon Datum G0 61 21 41 12/11/2013			
BERGE	BAULICHE STELLUNGNAHME			
Sehr geehr	te Damen und Herren,			
die von Ihne	en zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme			
Satzung ü	ber den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf		Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange des Bergamtes nicht berührt sind. Es	Zur Kenntnis zu nehmen.
	e bergbaulichen Belange nach Bundesberggesetz (BBergG).		wurden keine Einwände und Anregungen vorgebracht.	
Für den Ber Anträge auf	reich der o.g. Maßnahme liegen zurzeit keine Bergbauberechtigungen oder Erteilung von Bergbauberechtigungen vor.	1		
Aus Sicht de oder ergänz	er vom Bergamt Stralsund zu wahrenden Belange werden keine Einwände enden Anregungen vorgebracht.			
Mit freundlic Im Auftrag	hen Grüßen und Glückauf			
Olaf Blietz				

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Straßenbauamt Stadt Grevesmonte Eingagangen Schwerin 12 Dez. 7813	en .		
Straßenbauamt Schwerin - Postfach 16 01 42 - 19081 Schwerin HA KA S	A/ OA		
Amt Grevesmühlen-Land für die Gemeinde Testorf-Steinfort GB Bauamt z.H. Frau Matschke Rathausplatz 1 Geschäftszeichen (3te be Acteunt angeb Datum:	Herr Backert 0385 511 4449 0385 511 4150/-4151 Uwe.Backert@sbv.mv-regierung.de n: 2441-512-00414a ben) 9. Dezember 2013		
Stellungnahme zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Te Gebiet "Am Gutshof" in Testorf, Stand 15. Mai 2013 Ihr Schreiben vom 11.11.2013 Beteiligung der Behörden und öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 i. V. m. § 13 Abs. 2 M Baugesetzbuch (BauGB)	constigue T-E		
Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,			
nach den Unterlagen grenzt das Plangebiet unmittelbar an das Fla Gemarkung Testorf, dass sich im Eigentum der Straßenbauverwa L 031).	urstück 42 der Flur 2 der altung befindet (Landesstraße	Zu 1. Der Planbereich grenzt an das Grundstück der Straßenbauverwaltung.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Die Baugrenze ist in einer Entfernung von ca. 40 m vom äußeren Fahrbahn der L 031 festgelegt. Damit werden die in § 32 (1) Straß Landes Mecklenburg Vorpommern (StrWG-MV) vom 13.Januar 19 für die Anbaubeschränkung eingehalten.	Son- und Monaganete des	Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anforderungen in Bezug auf Anbauverbot zu beachten sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Die verkehrliche Erschließung und Anbindung des Plangebietes so "Am Dorfteich" erfolgen.	oll über die Gemeindestraße	Zu 3. Die Aussage zur verkehrlichen Anbindung wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Somit bestehen aus meiner Sicht gegen die Satzung über den Bet Gemeinde Testorf-Steinfort in verkehrlicher, straßenbaulicher und keine Bedenken.	bauungsplanes Nr.3 der straßenrechtlicher Hinsicht	Zu 4. Es wird zu Kenntnis genommen, dass keine Bedenken des Straßenbauamtes bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen im Auftrag			
Greßmann			

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom B	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Industrie- und Handelskammer 20 Schwerin Infra Struktur Infra Struktur Infra Struktur Infra Struktur Infra Struktur Infra Struktur Infra Infra Struktur Infra I	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise und Bedenken bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Deutsche Bahn AG DB Immobilien - Region Ost Eigentumsmanagement DB Immobilien, Caroline-Michaelis-Sir. 5-11 • 10115 Stadt Grevesmühlen GB Bauamt Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Eingegangen 1 3. Dez. 2013 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 1 3. Dez. 2013 Sylvia Mangold Telefan 030-29757245 Sylvia.mangoldedeutschebahn.com Zeichen FRI-O-L(A) Ma TOB-BLN-13-4155 10.12.2013 Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a BauGB Hier: Information über die Öffentlichkeitsarbeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 13a Abs. 2 BauGB		
Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrte Frau Matschke, mit dem heutigen Schreiben möchten wir Sie über Veränderungen im DB Konzern informieren. Mit der am 30. August 2013 erfolgten Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin- Charlottenburg wurde die DB Services Immobilien GmbH auf die Deutsche Bahn AG ver- schmolzen. Die DB Services Immobilien GmbH ist somit als eigenständiges Unternehmen erlo- schen. Unmittelbar anschließend erfolgte die Zusammenführung mit dem Sanierungsmanage- ment (FRS) zu der neuen Servicefunktion "DB Immobilien". Die neue Firmierung lautet: Deutsche Bahn AG DB Immobilien Wir bitten Sie, die neue Firmierung ab sofort in unserer Geschäftskorrespondenz zu verwenden und Ihre Stammdaten entsprechend zu ändern. Mit Schreiben vom 11.11.2013 haben Sie uns gebeten, zum o.g. Bebauungsplanverfahren eine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange abzugeben. Die DB Immobilien fungiert als Dienstleister innerhalb des DB Konzerns für immobilienrelevante Aufgaben, Die DB Netz AG stellt die Infrastruktur für den Bahnbetrieb zur Verfügung. Sie übernimmt damit diejenigen Aufgaben, die als Ausfluss der grundsätzlichen Bestimmungen Gemeinwohlcharak- ter haben. Dementsprechend ist die Deutsche Bahn AG, DB Netz AG, entsprechend den Be- schlüssen zur Neuordnung im Bahnbereich und ihre Auswirkungen auf das Bauplanrecht, Trä- ger öffentlicher Belange.	Zu 1. Die Ausführungen der Bahn werden zur Kenntnis genommen. Da keine Bahnanlag Relevanzbereich des Plangebietes liegen, werden die Ausführungen lediglich zur Kenntnis genommen. Anforderungen sind nicht zu beachten.	en im Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
ERLEDEH, WAS VERBINDET.	,		
DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH 01059 Dresden			
Stadt Grevesmühlen Bauamt z.H. Frau Matschke Rathausplatz 1			
23936 Grevesmühlen			
6004./mat PTI 23, Martina Harnack +49 385 72379560 06.01.2014 (Eingang per E-Mail) Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Sehr geehrte Frau Matschke,	Water and the contract of the		
wir bitten die verspätete Bearbeitung zu entschuldigen. die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 66 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Wir bitten Sie, die Ihnen überlassene Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an	THE REAL PROPERTY OF THE PROPE	Zu 1. Die Gemeinde nimmt die Ausführungen zu Leitungen der Telekom zur Kenntnis. Die Grundzüge der Planung werden dadurch nicht berührt. Abstimmungen sind im Rahmen der Vorbereitung der Vorhaben zu führen, so dass keine Beschädigungen erfolgen.	Teilweise zu berücksichtigen.
Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplans so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb bitten wir, unsere Belange wie folgt zu berücksichtigen:	-	Zu 2.	
Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.	2	Die detaillierten Abstimmungen sind auf der Ebene der technischen Planung und Vorbereitung zu führen. Auf der Ebene der verbindlichen Planung werden derzeit keine Widersprüche gesehen. Dies betrifft auch die Baumpflanzungen, die Lage der Leitungen und Fragen der Überbauung. Beschädigungen bei Baumaßnahmen sind auszuschließen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Wir bitten, die Verkehrsflächen so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.			

lfd. Nı		Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
DATUM Depparaen Sene	Stadt G 2	SVM			
	mit Tel koordir	ichen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine Versorgung des Bebauungsgebietes ekommunikationsinfrastruktur in unterirdischer Bauweise nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer nierten Erschließung sowie einer ausreichenden Planungssicherheit möglich ist. Wir bitten daher rustellen, dass			
	une - ent Pla - der der - eine Leit Leit	den Ausbau des Telekommunikationsliniennetzes im Erschließungsgebiet die ungehinderte, entgeltliche und kostenfreie Nutzung der künftigen Verkehrswege möglich ist, isprechend § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB ein Leitungsrecht (beschränkte persönliche Dienstbarkeit) im nungsgebiet zugunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn festgesetzt wird, ir Erschließungsträger verpflichtet wird, rechtzeitig verlässliche Angaben zum Zeitpunkt der Bebauung ir Grundstücke sowie der Dimensionierung und Nutzung der Gebäude zu liefern, erechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der tungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaurnaßnahmen für Straßenbau und tungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt, geplanten Verkehrswege in Lage und Verlauf nicht mehr verändert werden.			
	Entsorg	tlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und ungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe indere Abschnitt 3, zu beachten.			
	die Unte	berbauung der Telekommunikationslinien der Telekom stimmen wir nicht zu, weil dadurch der Bau, erhaltung und Erweiterung verhindert wird und ein erhebliches Schadensrisiko für die nmunikationslinie der Telekom besteht.			
	Telekom der unge Abdecku dass sie erforderl Bauausf	Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen munikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) ehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen ungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten, gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb lich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der ührung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die hutzanweisung der Telekom ist zu beachten.			
i !	ist koster Eine kos eingehol	rgabe der Bestandspläne durch die Deutsche Telekom. Technik GmbH an die bauausführende Firma npflichtig. tenlose Trassenauskunft kann über die Internetadresse https://trassenauskunft-kabel.telekom.de It werden. Dieser Service der Telekom bietet registrierten Anwendern die Möglichkeit Lagepläne der einzusehen und nach entsprechender Anforderung als PDF-Datei herunterzuladen.	3	Zu 3. Die Ausführung zur Übergabe von Leitungen wird zur Kenntnis genommen. Die Trassenauskunft wird auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung nicht genutzt, um Missverständnisse zu vermeiden. Es werden nur die im Stellungnahmeverfahren detailliert gereichten Unterlagen genutzt.	Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage 1 zum Beschluss 2015-_____- Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" im Ortsteil Testorf

lfd. N	r. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	,		
D/7104	06.01.2014		
	Stadt GVM		
SETTE	3		
	Mit freundlichen Grüßen		
	i.A.		
	Martina assess		
	Martina Harnack		
	Anlagen: Lageplan		
	Kabelschutzanweisung		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Zu 4. Der Lageplan wird entsprechend Bestandteil der Verfahrensunterlagen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Kabelsehntzanweisung Bearbeitet und Herausgegeben von der Telekom Deutschland GmbH			
	Anweisung zum Schutze unterirdischer Telekommunikationslinien und - anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer Stand: 21.02.2011	_ _	Zu 5. Die Kabelschutzanweisung wird entsprechend zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Deutschla Ihrer Nähe wird der fit gestört. Be und zwar a verantwort aller, die s genau zu b 1. Bei Arb Baggern, S Gefahr, da: 2. Telekor öffentlicher Kabel liege Tiefenlage Straßenum Schutzhaul oder frei in gegen mer Kabeln auf	Erdreich verlegten Telekommunikationslinien und Telekommunikationsanlagen der Telekom nd GmbH, sind ein Bestandteil ihres Telekommunikationsnetzes. Sie können bei Arbeiten, die in am oder im Erdreich durchgeführt werden, leicht beschädigt werden. Durch solche Beschädigungen ir die Öffentlichkeit wichtige Telekommunikationsdienst der Telekom Deutschland GmbH erheblich schädigungen an Telekommunikationslinien/-anlagen sind nach Maßgabe der § 317 StGB. strafbar, auch dann, wenn sie fahrlässig begangen werden. Außerdem ist derjenige, der für die Beschädigung lich ist, der Telekom Deutschland GmbH zum Schadensersatz verpflichtet. Es liegt daher im Interesse olche Arbeiten durchführen, äußerste Vorsicht walten zu lassen und dabei insbesondera Folgendes beachten, um Beschädigungen zu verhüten. Beiten jeder Art am oder im Erdreich, insbesondere bei Aufgrabungen, Pflasterungen, Bohrungen, Betzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen, Bohrem und Dornen, besteht immer die sis Telekommunikationslinien/-anlagen der Telekom Deutschland GmbH werden nicht nur in oder an in Wegen, sondern auch durch private Grundstücke (z.B. Felder, Wiesen, Waldstücke) geführt. Die ihm gewöhnlich in einer Tiefe von 60 cm (in Einzelfällen 40 cm) bis 100 cm. Eine abweichende ist wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch bauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich. Die Kabel können in Röhren eingezogen, mit nen aus Ton, mit Mauersteinen usw. abgedeckt, durch Trassenband aus Kunststoff gekennzeichnet in Erdreich verlegt sein. Röhren, Abdeckungen und Trassenband seh Kunststoff gekennzeichnet in Erdreich verlegt sein. Röhren, Abdeckungen und Trassenband aus Kunststoff gekennzeichnet herdreich verlegt sein. Röhren, Abdeckungen und Trassenband aus Kunststoff gekennzeichnet herdreich verlegt sein. Röhren, Bollen, lediglich den Aufgrabenden auf das Vorhandensein von merksam machen (Warnschutz).			
kommende Von unbesc	digung von Kabeln ¹ der Telekom Deutschland GmbH, kann Lebensgefahr für damit in Berührung Personen bestehen. chädigten Kabeln der Telekom Deutschland GmbH mit isolierender Außenhülle <u>gehen</u> auf der <u>e Gefahren aus</u> .			
	erden: et -Telekomkabel mit Fernspeisestromkreise iekabel), die abgesetzte Technik mit Energie versorgen 1 von 5			

Kabelschutzanweisung

Stand: 21.02.2011

Von Erdern und erdfühlig verlegten Kabeln (Kabel mit metallischem Außenmantel) können insbesondere bei Gewitter Gefahren ausgehen. Gem. DIN VDE 0105 Teil 100, Abschnitt 6.1.2 Wetterbedingungen, sollen bei Gewitter die Arbeiten an diesen Anlagen eingestellt werden.

Glasfaserkabel sind auf der Kabelaußenhülle mit einem 💛 gekennzeichnet. Hier kann es beim Hineinblicken in den Lichtwellenleiter zu einer Schädigung des Auges kommen.

Bei Beschädigung von Telekommunikationslinien/-anlagen gilt immer;

Alle Arbeiter müssen sich aus dem Gefahrenbereich der Kabelbeschädigung entfernen. Die Telekom Deutschland GmbH ist unverzüglich und auf dem schnelisten Wege zu benachrichtigen, damit der Kabelschaden behoben werden kann.

- 3. Vor der Aufnahme von Arbeiten am oder im Erdreich der unter Ziffer 1 bezeichneten Art ist deshalb entweder über das Internet unter der Adresse https://trassenauskunft-kabel.telekom.de oder bei der für das Leitungsnetz zuständigen Niederlassung festzustellen, ob und wo in der N\u00e4he der Arbeitsstelle Telekommunikationslinien/anlagen der Telekom Deutschland GmbH liegen, die durch die Arbeiten gef\u00e4hrdet werden k\u00f6nnen. Die Anschrift der zust\u00e4ndigen Niederlassung und die Telekontakte k\u00f6nnen sowohl der o. g. Internetadresse als auch dem Telefonbuch entnommen werden.
- 4. Sind Telekommunikationslinien/-anlagen der Telekom Deutschland GmbH vorhanden, so ist die Aufnahme der Arbeiten der zuständigen Niederlassung rechtzeitig vorher schriftlich, in eiligen Fällen telefonisch voraus, mitzuteilen, damit wenn nötig, durch Beauftragte an Ort und Stelle nähere Hinweise über deren Lage gegeben werden k\u00f6nnen.
- 5. Jede unbeabsichtigte Freilegung von Kabelanlagen der Telekom Deutschland GmbH ist dieser Niederlassung unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu melden. Freigelegte Kabel sind zu sichem und vor Beschädigung und Diebstahl zu schützen. Die Erdarbeiten sind an Stellen mit freigelegten Kabeln bis zum Eintreffen des Beauftragten der Telekom Deutschland einzustellen.
- 6. Bei Erdarbeiten in der Nähe von unterirdischen Telekommunikationslinien/-anlagen dürfen spitze oder scharfe Werkzeuge (Bohrer, Spitzhacke, Spaten, Stoßeisen) nur so gehandhabt werden, dass sie höchstens bis zu einer Tiefe von 10 cm über der Telekommunikationslinie/-anlage in das Erdreich eindringen. Für die weiteren Arbeiten sind stumpfe Geräte, wie Schaufeln usw., zu verwenden, die möglichst waagerecht zu führen und vorsichtig zu handhaben sind. Spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen oberhalb von Telekommunikationslinien/-anlagen nur eingetrieben werden, wenn sie mit einem von der Spitze nicht mehr als 30 cm entfernten fest angebrachten Teller oder Querriegel versehen sind. Da mit Ausweichungen der Kabellage oder mit breiteren Kabelkanälen gerechnet werden muss, sind die gleichen Verhaltensmaßnahmen auch in einer Breite bis zu 50 cm rechts und links der bezeichneten Kabellage zu beachten. Bei der Anwendung maschineller Baugeräte in der Nähe von Kabeln ist ein solcher Abstand zu wahren, dass eine Beschädigung des Kabels ausgeschlossen ist. Ist die Lage oder die Tiefenlage von Kabeln nicht bekannt, so ist besondere Vorsicht geboten. Gegebenenfalls muss der Verlauf der Kabel durch in vorsichtiger Arbeit herzustellender Querschläge ermittelt werden.
- 7. In Gräben, in denen Kabel freigelegt worden sind, ist die Erde zunächst nur bis in die Höhe des Kabelauflagers einzufüllen und fest zu stampfen. Dabei ist darauf zu achten, dass das Auflager des Kabels glatt



Kabelschutzanweisung

Stand: 21.02.2011

und steinfrei ist. Sodann ist auf das Kabel eine 10 cm hohe Schicht loser, steinfreier Erde aufzubringen und mit Stampfen fortzufahren, und zwar zunächst sehr vorsichtig mittels hölzerner Flachstampfer. Falls sich der Bodenaushub zum Wiedereinfüllen nicht eignet, ist Sand feinkiesig (Größtkorn 6,3 mm) einzubauen. Durch Feststampfen steinigen Bodens unmittelbar über dem Kabel kann dieses leicht beschädigt werden.

- 8. Bei der Reinigung von Wasserdurchlässen, um die Kabel herumgeführt sind, sind die Geräte so vorsichtig zu handhaben, dass die Kabel nicht beschädigt werden.
- 9. Jede Erdarbeiten ausführende Person oder Firma ist verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt aufzuwenden. Insbesondere müssen Hilfskräfte genauestens an- und eingewiesen werden, um der bei Erdarbeiten immer bestehenden Gefahr einer Beschädigung von Telekommunikationstinien/-anlagen zu begegnen. Nur so kann sie verhindern, dass sie zum Schadenersatz herangezogen wird.
- 10. Die Anwesenheit eines Beauftragten der Telekom Deutschland GmbH an der Aufgrabungsstelle hat keinen Einfluss auf die Verantwortlichkeit des Aufgrabenden in Bezug auf die von der Person verursachten Schäden an Kabeln der Telekom Deutschland GmbH. Der Beauftragte der Telekom Deutschland GmbH hat keine Anweisungsbefugnis gegenüber den Arbeitskräften der die Aufgrabung durchführenden Firma.

2 von 5

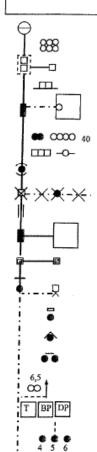


Kabelschutzanweisung

Erläuterungen der Zeichen und Abkürzungen in den Lageplänen der Telekom Deutschland GmbH

Bearbeitet und Herausgegeben von der Telekom Deutschland GmbH

Stand: 21.02.2011



Vermittlungsstelle

Kabelrohrverband aus 2*3 Kunststoffrohren (lichte Weite 100 mm) Kabelschacht mit 2 Einstiegsöffnungen Kabelschacht mit 1 Einstiegsöffnung

Kabelkanal aus Betonformstein mit 2 Zugöffnungen

Abzweigkasten mit Erdkabel zum Abschlusspunkt Linie APL im Gebäude

Querschnittsbild der in einer Trasse verlaufenden Telekommunikationsanlage: hier: 2 Erdkabel und 4 Kunststoffrohre (lichte Weite 40 mm) hier: 3 Betonformsteine und 1 Stahlhalbrohr doppelt

Rohr-Unterbrechungsstelle mit Verbindungsstelle, hier: Muffe

Im Erdreich verbliebener Teil eines aufgegebenen Kabelschachtes mit aufgegebenen vorhandenen Erdkabel und aufgegebener vorhandener Verbindungsstelle

Mit Halbrohren bzw Schraubklemmfitting überbrückte Rohr-Unterbrechungsstelle

Abzweigkasten / Unterflurbehälter mit unbelegter Kabelkanal-Hauszuführung

Kabelschacht, verschlossen / Kabelschacht, verschlossen und elektrisch geschützt Rohrende, Beginn der Erdkabelverlegung Abzweigmuffe mit Erdkabel zum Telefonhäuschen, -zelle, -haube, -säule, Telestation

Unmittelbar im Erdreich ausgelegtes Telekom-Kabel; abgedeckt

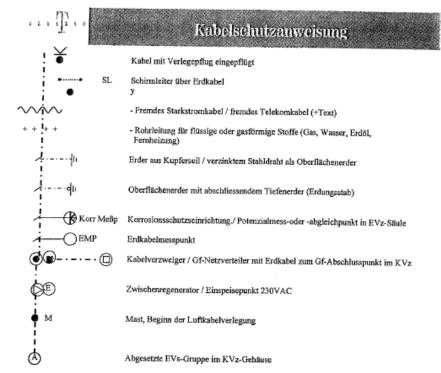
- mit Mauerziegel oder Abdeckplatten, (kann auch doppelt abgedeckt sein)
- mit Kabelsbdeckhauben
- mit gelben Trassenband als Warnschutz

2 Kabelschutzrohre aus Kunststoff, Stahl, verzinktem Stahl oder Asbestzement; ab der Strichlinie in Pfeilrichtung 6,5 m lang

Kabelmarke (aus Kunststoff) oder Kabelmerkstein (aus Beton)

Kennzeichnung der Einmeßachse durch eine Strichlinie, auf die alle Abstand-Maße zum Kabelverband (Kabel Nr. 4 bis 6) bezogen sind.

Hinweis auf Gefährdung durch Fernspeisung, soweit der Grenzwert nach VDE 800, Teil 3 überschritten wird, und Ortsspeisung mit 230 VAC



Lediglich die in den Plänen vermerkten Maße (nicht die zeichnerische Darstellung!) geben einen Anhalt für die Lage der dargestellten Telekommunikationsanlagen. Einmessungen an Kabelkanälen beziehen sich auf die Mitte der Abdeckung (Deckel). Alle Maße sind in Meter vermerkt.

Bitte beachten Sie, dass es aufgrund von nachträglicher Bautätigkeit zu Veränderungen in der Verlegetiefe der Kabel kommen kann! Im Bereich von Verbindungsmuffen und Kabelverbänden ist mit größeren Ausbiegungen der Kabellage zu rechnen!

Kreuzungen und Näherungen von Starkstromkabeln und Rohrleitungen sind nur eingezeichnet worden, soweit sie bei Arbeiten an den Telekommunikationsanlagen vorgefunden wurden oder in anderer Weise nachträglich bekanntgeworden sind.

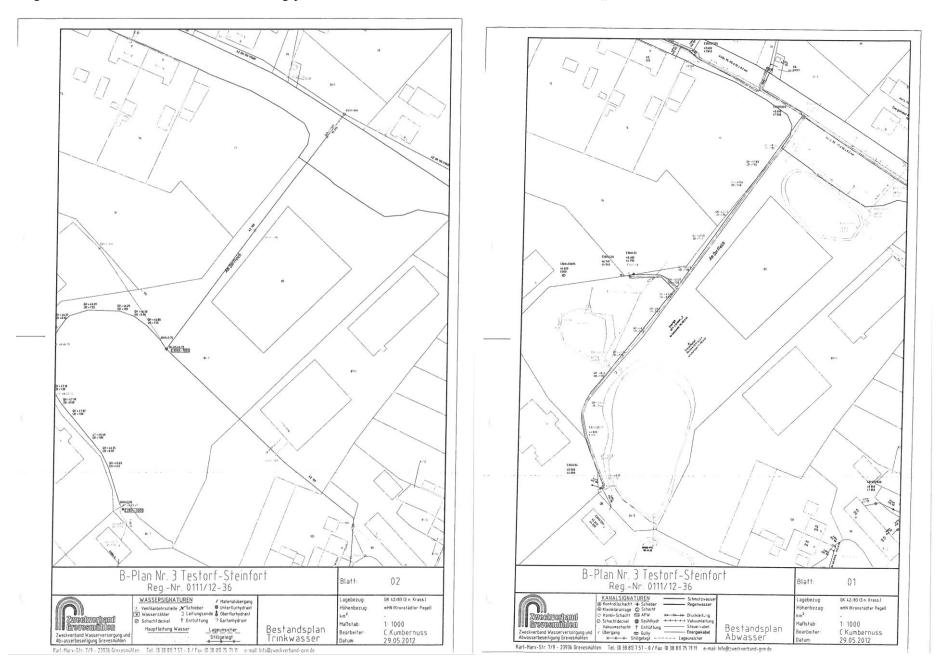
Oberflächenmerkmale und deren Abkürzungen sind der DIN18 702 "Zeichen für Vermessungsrisse, großmaßstäbige Karten und Pläne" zu entnehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Dahandlung dar Stallungnahman	Entschaidung/Daschluss
IIu. Nr.	Stenungnamme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
III Gre	Karl-Marx-Str. 7/9 23936 Grevesmühlen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Körlberschaft des äffentlichen Rechts - Der Verbandsvorsteher -		
Stadt Greve - Bauamt - Rathausplat 23936 Greve	Stadt Grevesmühlen Finangsgen Sprechzeiten: 1, 13	Zu 1. Die Stellungnahme und deren Auswertung vom 25.05.2012 werden der Verfahrensunterlage beigefügt.	
Mein Aktenzeichen t1/ck	Bgm HA KA BA CA Durchwall Cornelia Kumbernuss 757 712 29.11.2013 Pr den Bebauungsplan Nr.3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet	Zu 2. In Bezug auf die Niederschlagswasserbeseitigung wird auf die Ausführungen zur Unteren Wasserbehörde verwiesen. Unter Berücksichtigung der wassertechnischen Berechnung des Büro Wobschal ist eine	Zu berücksichtigen.
"Am Gutsho RegNr.: 01	f" in Testorf	Versickerung des Niederschlagswassers aus Verkehrs- und Grundstücksflächen im B- Plangebiet Nr. 3 aufgrund des sehr schwach durchlässigen Untergrundes	
mit Schreibe Stellungnahn (Planungssta	Damen und Herren, en vom 11.11.2013 (Posteingang ZVG 14.11.2013) baten Sie um unsere ne zum Entwurf der vorgenannten Satzung der Gemeinde Testorf-Steinfort ind 15.05.2013).	(Geschiebemergel) nicht möglich. Eine sichere Ableitung des Niederschlagswassers über eine Regenwasserkanalisation ist notwendig. Die Nachweise hierfür wurden erbracht. Der Wasser- und Bodenverband Stepenitz-Maurine hat mitgeteilt, dass gegen die gedrosselte Einleitung der Fläche des Plangebietes im Graben 7/19/2 keine Einwände bestehen. Die	
Begrundung	a aus der Stellungnahme vom 25.05.2012 zum Vorentwurf fanden in der zur Satzung teilweise Berücksichtigung. Die Aussagen besitzen immer noch d werden daher mit dieser Stellungnahme nicht mehr angesprochen.	Stellungnahme liegt vom 11.05.2015 vor. Es wurde der Nachweis erbracht, dass eine Versickerung nicht möglich ist. Siehe hierzu den Sachpunkt 2 der Behandlung der Stellungnahmeder Unteren Wasserbehörde des	
getroffen wor werden.	chlagswasserbeseitigung ist in der Begründung keine konkrete Festlegung den. Aufgrund dessen kann dem vorgelegten Entwurf keine Zustimmung erteilt	Landkreises Nordwestmecklenburg. Die Ableitung über die Vorflut 7/19/2 des Wasser- und Bodenverbandes Stepenitz-Maurine erfolgt. Das Entwässerungskonzept liegt vor und ist der Wasserbehörde entsprechend vorzulegen.	
Versickerung Grundstücker erheblichem Satzung hera	Testorf ist Bestandteil der Versickerungssatzung des ZVG. Ist eine bzw. Verwertung des anfallenden Niederschlagswassers auf den n. aufgrund eines vorgelegten Baugrundgutachtens, nicht oder nur mit Aufwand möglich, kann das Gebiet auf Antrag der Gemeinde aus dieser usgenommen werden.	Versickerung ist nicht möglich. Die Ableitung in die Vorflut ist vorzusehen. Zu 3. Der Antrag auf Herauslösung aus der Versickerungssatzung wurde am 24.11.2015 durch	
Grundstücksa Erweiterung v vorrangig zwe	den Bau eines zentralen Regenwasserkanals mit entsprechenden inschlüssen nach sich. Ob in diesem Zusammenhang eine Nutzung bzw. rorhandener Niederschlagswasserbeseitigungssysteme möglich ist, sollte unter ein Gesichtspunkten geprüft werden. Einerseits ist der rechnerische Nachweis	die Verwaltung gestellt und ist vor Bekanntmachung der Satzung entsprechend den Verfahrensunterlagen beizufügen. Zu 4.	Zu berücksichtigen.
hin zur Einleiti Aufgrund de Niederschlags Abstimmung Abwägung	zu führen, andererseits ist der rechtliche Status der vorhandenen Teiche bis ung in das Gewässer zu prüfen. er vorgenannten Ausführungen ist dem ZVG ein Konzept zur swasserbeseitigung vor Weiterbetreibung des B- Planverfahrens .zur vorzulegen. Im Ergebnis sind diese Untersuchungen bzw. Planungen in der zu berücksichtigen und konkrete Festlegungen zur swasserbeseitigung in der Begründung zum B-Plan zu verankern.	Der hydraulische Nachweis wurde geführt. Hier wird auf die technische Planung verwiesen. Die Ableitung in die Vorflut ist mit dem Wasser- und Bodenverband abgestimmt. Hierzu liegt eine Stellungnahme im Rahmen der technischen Planverfahren seitens des Wasser- und Bodenverbandes Stepenitz-Maurine vom 11.05.2015 vor. Das Niederschlagsbeseitigungskonzept wurde erstellt und wird zum Gegenstand der gemeindlichen Planung.	Zu berücksichtigen.

Ifd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Jede weiterführende Planung und Änderung ist dem ZVG erneut zur Abstimmung vorzulegen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.	2	Zu 5. Detaillierte Abstimmungen mit dem ZVG erfolgen je nach Planfortgang; maßgeblich auch im Rahmen der technischen Planung.	Zu berücksichtigen.
Mit freundlichen Grüßen Andreas Lachmann Verteiler: - Empfänger - ZVG t1	AND THE THE PROPERTY OF THE PR		
- 27911			

lfd.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Nr.	-		
II.14	Sand Grevesmühlen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Korpersorgung und Anschlusswesen Standort- und Anschlu	Zu 1. Grundsätzliche Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Zu 2. Die Anforderungen des ZVG sind zu beachten. Dazu gehört die Umverlegung der AZ DN 100-Leitung. Die Erschließungsvereinbarung ist abzuschließen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

lfd.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Nr.			_
	Aus der Umsetzung dieser Änderung dürfen dem Zweckverband keine Kosten entstehen. Der Bau und die Benutzung einer Eigenwassergewinnungsanlage (z.B. zur Regenwassernutzung) ist gesondert beim ZVG zu beantragen und bedarf der Genehmigung. Lage und Verlauf der Ver- und Entsorgungsleitungen des ZVG können den beigefügten Kopien der Bestandspläne entnommen werden. Der vorhandene Regenwasserkanal befindet sich nicht im Eigentum des ZVG.	 Zu 3. Der Hinweis zur Eigenwassergewinnungsanlage wird zur Kenntnis genommen. Zu 4. Die Hinweise der Bestandspläne werden entsprechend beachtet. Zu 5. Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers hat schadlos zu erfolgen. Nachweis hat bis zum Satzungsbeschluss zu erfolgen. Zu 6. Die Zielsetzungen sind mit dem ZVG abzustimmen. 	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.



lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
EDIS AG · Lan Stadt Gr Rathausj	R WV Eilt 2452 R WV Eilt 2452 Stadt Grevesmühlen Eingegangen evesmühlen platz 1 revesmühlen Bgm HA KÄ BA OA	E.DIS AG Regionalbereich Mecklenburg-Vorpommern Betrieb Verteilnetze Ostseeküste Am Stellwerk 12 18233 Neubukow www.e-dis.de Postanschrift Neubukow Am Stellwerk 12 18233 Neubukow		
Satzung für das (BauGB Bitte stet	w, 20. November 2013 über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a s angeben: Upl/13/35 chen: 6004/mat	Jörn Suhrbier T 038294 75-230 T 038294 75-226 Joern.suhrbier @e-dis.de Unser Zeichen NR-M-O-NN-	Zu 1.	
	o.g. Planung bestehen unserseits keine Bedenken.	1	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
tragenen l Eintragun darstellen		2	Zu 2. Die Planunterlagen werden zum Gegenstand der Verfahrensunterlagen. Detaillierte Abstimmungen erfolgen auf der Ebene der technischen Planung.	Zu berücksichtigen, Ergänzung der Begründung.
Abstände ne und in werden. Z Abtragung tung erfor		Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Thomas König Vorstand: Bernd Dubberstein (Vorsitzender) Manfred Paasch Dr. Andreas Reichal Sitz: Fürstenwalde/Spree Amtsgericht Frankfurt (Oder)	Zu 3. Die Hinweise sind zu beachten. Zu 4. Die Anforderungen sind zu beachten.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.
einen rech Auf dieser	Umverlegung von Leitungen erforderlich werden, erbitten wir tzeitigen Antrag, aus welchem die Baugrenzen ersichtlich sind. Grundlage werden wir dem Antragsteller ein Angebot für die ung unserer Anlagen unterbreiten.	Visite (Spree Konto 6 507 115		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Bitte beachten Sie, dass rechtzeitig vor Beginn eventueller Bauarbeiten eine Einweisung durch den Meisterbereich TelNr.: 038294 75-221 erfolgen muss. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen E.DIS AG Anlage Lageplan	Zu 5. Die Einweisungspflicht wird auf der Ebene der technischen Planung zur Kenntnis genommen.	Entscheidung/Beschluss Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Stadt Grevesmühlen für die Gemeinde Testorf-Steinfort Frau G. Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen RegNr.: 133330(bei Rückfragen bitte angeben) Baumaßnahme: Entwurf zum B-Plan Nr.: 3 -Am Gutshof, hier: TöB Ort: Gemeinde Testorf-Steinfort, OL Testorf, Mecklenburger Str., Am Dorfteich Sehr geehrte Damen und Herren, Aufgrund Ihrer Anfrage teilen mit, dass im o. a. Bereich keine Versorgungsanlagen aus dem Verantwortungsbereich der E.ON Hanse AG vorhanden sind. Freundliche Grüße Reiner Klukas	Leitungsauskunft E.ON Hanse AG Netzdienste MVP Jägersteg 2 18246 Bützow netzanschluss_ne_mv@ eon-hanse.com F 038461-51-2134 Reiner Klukas T +49 38461 51-2127 15.11.2013 Posfeingang 1 per E-Hail am 15.11. E.ON Hanse AG bei Störungen und Gasgerüchen 0385 - 58 975 075 Tag und Nacht besetzt wir Ihnen	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen vorhanden sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig. Leitungsauskunft - RegNr.: 133330	Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Thomas König Vorstand: Matthias Boxberger (Vorsitzender) Udo Bottinder Andreas Fricke Sitz Wolkom Antsgericht Pinneberg HRB5802 PI		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Anmerkungen: Beachten Sie das eventuelle Vorhandensein von Leitungen anderer regionaler bzw. überregionaler Versorger.	2	Zu 2. Die aus Sicht der Gemeinde bekannten regionalen und überregionalen Ver- und Entsorger wurden beteiligt. Vorliegende Stellungnahmen werden im Abwägungsprozess behandelt.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Stadt Grevesmühlen Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf Sehr geehrte Frau Matschke, Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten. Folgende Unterlagen lagen uns von Ihnen zur Eineichtnahme vor: Entwurf des Bebauungsplanes Nach Prüfung der Unterlagen können wir Ihnen mitteillen, dass sich im o. g. Plangebiet derzeit keine Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH (u. a. Umspannwerke, Freileitungen und Informationsanlagen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Freundliche Grüße 50Hertz Transmission GmbH	SOHertz Transmission GmbH TG Netzbetrieb Eichenstraße 3A 12435 Berlin Datum 19.11.2013 Unsere Zeichen Ro 20120487-1 Ansprechpartner/in Frau Friedrich Telefon-Duchwahl 030-6150-2086 Fax-Durchwahl 030-6150-2086 Fax-Durchwahl 030-6150-2707 E-Mail sylvis.friedrich@50hertz.com oder leitungsauskunft@60hertz.com line Zeichen 6004.frest lihe Nachricht vom 11.11.2013 Vorsitzender des Aufsichtsrates Daniel Dobbeni Geschäftsführer Boris Schucht, Vorsitz Udo Glegerich Dr. Frank Golletz Dr. Ditk Blermann Sitz der Gesellschaft Berlin Handelsregister Amtagericht Chariottenburg HRB 94446 Bankverbindung BNP Paribas, NL FFM BLZ 512 108 00 Kordo-N. 9223 7410 19 DE76 5121 0800 9223 7410 19 BNPADEFF	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen vorhanden sind oder geplant sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Kompetenzzentrum Baumanagement Kiel - K 4 - Az 45-60-00/5343 Wehrverwaltung Wir. Dienen. Deutschland.		
Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Eingegangen 2 6. Nov. 2313 Postfach 11 61, 24100 Kiel Factoria Postfach 11 61, 24100 Kiel Postfach 11 61, 24100 Kiel Factoria Postfach 11 61, 24100		
Stellungnahme zur Bauleitplanung, Beteiligung der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB; hier: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf Ihr Schreiben vom 11. November 2013		
Sehr geehrte Damen und Herren, durch die im Bezug aufgeführten Planungen werden Belange der Bundeswehr berührt. Das Plangebiet liegt innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsanlage Elmenhorst. Gegen die beabsichtigten Maßnahmen bestehen dennoch keine Bedenken.	 Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine Lage innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsanlage Elmenhorst gegeben ist. Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. 	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Schmitt		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Deutscher Wetterdienst Wetter und Kilma aus einer Hand Deutscher Wetterdienst - Positisch 60 06 52 - 14405 Potsdam Stadt Grevesmühlen		
Rathausplatz 23936 Greves Mohlen W Eilt 16.18 Telefor: Geschaftszeicher: PB16PD/13/219 Telefor: G331/316220 G331/316588 E-Mail: Joachim.Riemert@dwd.de UST-ID: DE221793673		
Bgm HA KĀ BA OA Potsdam, 22. November 2013		
Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange hier: Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf	Zu 1.	
Ihr Schreiben vom 11.11.2013	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände erhoben werden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Sehr geehrte Darnen und Herren, das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes. Deshalb werden dagegen keine Einwände erhoben.		
Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum und Städteplanung, für die Umweitverträglichkeitsprüfung (UVP), die Anerkennung als Kur- und Erholungsort, die Windenergienutzung o. a. benötigen, können Sie diese bei uns in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren.	Zu 2. Es wird zu Kenntnis genommen, Gutachten sind aus Sicht der Gemeinde nicht erforderlich.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Zu unserer Entlastung erhalten Sie Ihre Unterlagen zurück. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag	Zu 3. Die Rückgabe der Unterlagen wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
S. Schönefeld Verwaltungsstelle Potsdam	Die Ruckgabe der Onterlagen wird zur Kenntins genommen.	Zui Kemiuns zu nemnen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Hauptzollamt Stralsund			
The problem of the pr			
info@grevesmuehlen.de g.matscke@grevesmuehlen.de F Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a BauGB i Ihr Schreiben vom 11.11.2013			
: Z 2316 B - BB 18/2013 - B 130203 (C130109) (bei Antword bittle angeben) Sehr geehrte Damen und Herren,			
im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB merke ich zu dem Entwurf der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort folgendes an:			
Ich erhebe aus zollrechtlicher und fiskalischer Sicht keine Einwendungen gegen den Entwurf.	1	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwendungen bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
2 Darüber hinaus gebe ich folgende <u>Hinweise</u> : Das Plangebiet befindet sich im grenznahen Raum (§ 14 Abs. 1 ZollVG i. V. m. § 1, Anlage 1 C der Verordnung über die Ausdehnung des grenznahen Raumes und die der Grenzaufsicht unterworfenen Gebiete – GrenzAV -). Insoweit weise ich rein vorsorglich auf das Betretungs.	2	Zu 2. Die pauschalen Ausführungen zur Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen. Anforderungen an Gesetze und Verordnungen sind ohnehin einzuhalten. Festsetzungsinhalte sind jedoch nicht berührt.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
saha 2 recht im grenznahen Raum gem. § 14 Abs. 2 ZolfVG, welches auch während etwaiger Bau- phasen jederzeit gewährleistet sein muß. hin.	Z.		
Für Rückfragen steht der Unterzeichner gern zur Verfügung.			
Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag			
Böhning			
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig.			

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Im Auftrag der Im Auftrag der		
CITERS Gastransport Ceneri R W Eilt 2653 Stadt Grevesmühlen Eingegangen Frank Löbner Ansprechpartner: Frank Löbner		
Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Fax: (0341) 3504-100 leitungsauskunft@gdmcom.de Ihr Zeichen: 6004/mat 11.11.2013		
Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. aus der Vergangenheit als Eigentümer von Energieanlagen bekannte VNG – Vorbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Enfeichtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich "Notz" zuzurordnenden Energiaanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS – V1C Gastransport GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentürner von Energieanlagen.	Zu 1. Die Vollmacht wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf (Entwurf) Unsere Registriernummer: 06783/12/00	Zu 2.Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen und Planungen der ONTRAS bzw.VGS berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Sehr geehrte Damen und Herren, GDMcom ist vorliegend als von der ONTRAS Gastransport GmbH, Leipzig ("ONTRAS") und der VNG Gasspeicher GmbH, Leipzig ("VGS"), beauftragtes Dienstleistungsunternehmen tätig und handelt insofern namens und in Vollmacht der ONTRAS bzw. der VGS.	Zu 3. Eine Änderung des Geltungsbereiches ist nicht vorgesehen. Somit ist eine weitere	Zur Kenntnis zu nehmen.
Ihrer Anfrage entsprochend teilen wir Ihnen mit, dass o. a. Vorhaben keine vorhandenen Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der ONTRAS und der VGS berührt. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.	Beteiligung entbehrlich. Zu 4.	
Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, die GDMcom am weiteren Verfahren zu beteiligen.	Die Erklärungen werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Diese Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Netz- und Speicherbetreiber bzw. –eigentümer gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen.	Zu 5. Die Interessenvertretung wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Die GDMcom vertritt die Interessen der ONTRAS und VGS gegenüber Dritten in o. g. Angelegenheit. Ihre Anfragen richten Sie bitte diesbezüglich an die GDMcom.	Zu 6.	
Bei Rückfragen steht Ihnen o.g. Sachbearbeiter/in gern zur Auskunft zur Verfügung.	Die Kontaktinformationen werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Freundliche Grüße	6	
Sven Porsch Teamleiter Auskunft/Genehmigung I. A. Frank Löbner Sachbearbeiter Auskunft/Genehmigung		

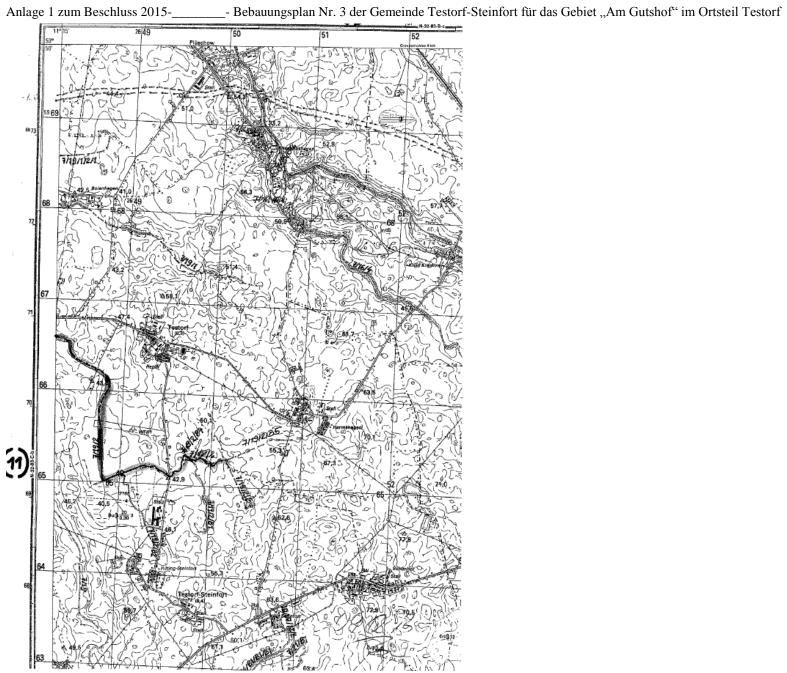
lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	 Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern - Archäologie und Denkmalpflege - Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern - Archäologie und Denkmalpflege - Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Landesamt für Kultur und Denkmalpflem: 11,11,2013 Landesamt Rathauspiatz 1 Stadt Grevesmühlen Eingegangen Baarbeitet von: Bauleiplanung Telefon: 0386/5 83 79 - 311 Fr. Beuthling 0386/5 83 79 - 312 Fr. Be	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Belange der Bodendenkmalpflege berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Landesforst Mecklenburg-Vorpommern - Anstalt des öffentlichen Rechts - Der Vorstand	J.25		
Stadt Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Frau Matschke	Forstamt Grevesmühlen Bearbeitet von: Herm Rabe Telefon: 0.3 88 1/ 7299-0 Durchwahl -10 Fax: 0.3 88 1/ 7599 17 -mail: schoenberg@ffos-mv.de		
0	tellungnahme auf. Auf Grund iglich. Ich bitte dafür um rag für den Geltungsbereich er Belange wie folgt für das o. g. Vorhaben in	Zu 1. Es wird das Einvernehmen zur Kenntnis genommen. Zu 2. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, da es sich nicht um Wald handelt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
Peter Rabe Forstamtsleiter			

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern			
Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Bestbeitet von: Telefon: (0385) 2070-2832 Telefax: (0385) 2070-2198 E-Mait Aktenzeichen: LPBK-Abt3-TOB-8614-2013 Schwerin, 11. Dezember 2013 (Eingang per	er Hai		
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort Für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf Ihre Anfrage vom 11.11.2013 Sehr geehrte Damen und Herren, mit Ihrem o. a. Schreiben baten Sie das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern (LPBK) um eine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zu dem im Bezug stehenden Vorhaben. Als Träger der in der Zuständigkeit des Landes liegenden Belange von Brandschutz und Katastrophenschutz nehme ich wie folgt Stellung: Aus der Sicht der landesrelevanten Gefahrenabwehr im Brand- und Katastrophenschutz bestehen keine Bedenken. Um gleichnamige kommunale Belange im Verfahren berücksichtigen zu können, sollten Sie jedoch die sachlich und örtlich zuständige Kommunalbehörde beteiligt haben. Außerhalb der öffentlichen Belange weise ich darauf hin, dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde nicht auszuschließen sind. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche erhalten Sie gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK. Ein entsprechendes Auskunftsersuchen empfehle ich rechtzeitig vor Bauausführung!	1 2 3	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange der landesrelevanten Gefahrenabwendung nicht berührt sind. Zu 2. Der Landkreis wurde beteiligt. Die Löschwasserbereitstellung wird durch die Gemeinde gesichert. Zu 3. Die Gemeinde hat Hinweise zum Auffinden bzw. beim Auffinden von Munitionsfunden berücksichtigt. Den Hinweis zur Durchführung des Auskunftsersuchens wird die Gemeinde berücksichtigen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Rechtshinweis: Gemäß § 70 Abs. 1 Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg – Vorpommern (SOG M-V) ist der Eigentümer einer Sache, die die öffentlichen Sicherheit oder Ordnung stört, für diese Sache verantwortlich. Ihm obliegt die Verkehrssicherungspflicht für sein Eigentum. Der Bauherr ist gemäß § 52 Landesbauordnung Mecklenburg – Vorpommern (LBauO M-V) i.V. m. VOB Teil C / DIN 18299 analog verpflichtet, Angaben zu vermuteten Kampfmitteln im Bereich der Baustelle zu machen sowie Ergebnisse von Erkundungs- und Beräumungsmaßnahmen mitzuteilen.	¥	Zu 4. Die Rechtshinweise werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Im Weiteren wird an dieser Stelle auf die Pflichten des Bauherren und des Bauunternehmers gemäß §§ 4 und 5 Arbeitsschutzgesetz, der BGR 161 "Arbeiten im Spezialtiefbau" Punkte 4.1.2. "Gefährdungsermittlung und Unterweisung", 4.1.8. "Maßnahmen vor Arbeitsbeginn" sowie der BGI 5103 "Tiefbauarbeiten" Punkte B 141 "Rammen", B 142 "Bohrgeräte im Spezialtiefbau", D 150 "Arbeiten in kontaminierten Bereichen" verwiesen. Hiernach sind vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen.	ediesaanimineski kidaanaa uurusaa peuri uim 4-paa-kio		
Ein Pflichtverstoß kann zu Schadensersatzansprüchen führen. Im Schadensfall, d.h. bei der Explosion eines Munitionskörpers kann auch § 319 StGB "Baugefährdung" herangezogen werden.	war o'n ijustide isromo		
Mit freundlichen Grüßen im Auftrag	an objective of the Africanov		
gez.Christine Jörgensen (elektronisch versandt, gültig ohne Unterschrift)	inner Temploteke i udeki salda		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Wasser- und Bodenverband Stepenitz-Maurine Norperschaft des öffentlichen Recht Degtower Weg 23936 Greveamnöher Degtower Weg 23936 Greveamnöher Gemeinde Testorf-Steinfort über Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Recht Kartenauszug bei, in dem das Verbandsgeewässer 7/19/2 durch heilblaue Farbgebung kenntich gemacht sit, Rohrleitungen durch deine unterbrochene Linienfährung. Wir eines jedoch darauf hin, dass diese Kennzeichnung nicht maßstabsgerecht in der Ortichkeit sein muss. Diese Stellungnahme berechtigt nicht zur Ausführung jeglicher Arbeiten ohne Zustimmung der unteren Wasserbörde des Landkreises NWM als unsere Genehmigungsbehörde. Mit freundlichen Grüßen Andrea Bruer Geschäftsführerin		Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen, Ergänzung der Begründung. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
<u>Verteiler</u> Untere Wasserbehörde beim Landkreis NWM topographischen Kartenauszug M 1:25.000		



lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern Geschäftsbereich Schwerin Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern 18055 Schwerin, Werdenstraße 4 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1		
23936 Grevesmühlen Eingegangen AZ: SN-B1028-TÖB-05-43.05/2013		
Beteiligung Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB in der Fassung des Euro- parechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) vom 24.06.2004 Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a BauGB		
Sehr geehrte Damen und Herren, nach Prüfung der oben genannten Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondenermägen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach derzeitigen PRAM der ich Ihnen mit, dass nach der ich Ihnen mit, dass n	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen werden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
nisstand für den zum Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundbesitz des Landes Meck- lenburg-Vorpommern weder Bedenken zu erheben noch Anregungen vorzubringen sind. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich im Plangeltungsbereich forst-, wasser- oder land- wirtschaftliche sowie für Naturschutzzwecke genutzte Landesflächen befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen zu diesen, gem. § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Moder- nisierung der Liegenschaftsverwaltung des Landes M-V sowie des Staatlichen Hochbaus vom 17.12.2001 nicht zum Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundstücken sind die jeweiligen Ressortverwaltungen zuständig. Ich gehe davon aus, dass bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung die-	Zu 2. Die TÖB hat die Gemeinde beteiligt. Die genannten Ressorts wären durch die Betriebe für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommer gesondert zu beteiligen. Die liegt nicht im Hoheitsbereich der Gemeinde. Die Behörden und TÖB, die aus Sicht der Gemeinde zu beteiligen sind, wurden beteiligt.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen Michäel Bleyder Leiter des Geschäftsbereiches Schwerin		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
LANDESANGLERVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN e.V.		
Landesangferverband M-V e V. · Siedlung 18a · 19065 Görslow Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Itre Nachricht vom Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 2 6. Nov. 2013 Unsere Zeichan Fr. Detum 25.11.2013		
Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeind Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a BauGB		
Sehr geehrte Damen und Herren,		
im Rahmen der von uns wahrzunehmenden Belange (Boden, Wasser und aquatische Flora und Fauna) bestehen keine Einwände gegen den Bebauungsplan Nr. 3. Bis auf 2 Dorfteiche sind im Plangebiet keine natürlich stehenden oder fließenden Oberflächengewässer vorhanden. Im Plangeltungsbereich gibt es ebenfalls keine Restriktionen aus Landschaftsschutzgebieten, EU-Vogelschutz- bzw. FFH-Gebieten. Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Ortslage von Testorf. Für die Umwelt relevante, irreversible und schwere negative Auswirkungen durch die Planungsziele bezogen auf unsere Belange sind nicht zu erwarten. Bleibende Beeinträchtigungen des Naturhaushalts im Rahmen des Baugeschehens können durch grünordnerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb des Bebauungsplangebietes ausgeglichen werden. Seitens des LAV sind keine Maßnahmen im Plangebiet in der Abwicklung bzw. in Vorbereitung.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen U. A. Chich Horst Friedrich		
DiplIng.		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Hermann Wittig 19055 Schwerin, am 16. 01. 2014 Klein Medewege 1 Tel. 0385/4781441 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen 2 0. Jan. 28/4		
Betr.: Satzung Nr.3 über den Bebauungsplan der Gemeinde Testsorf-Steinfurt Entwurf Akz: 60004./mat Sehr geehrte Far Matschke,		
für die Zustellung der Unterlage und die Beteiligung am o.g. Verfahren	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass hier jagdliche Interessen nicht betroffen sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen Im Namen des Kreisjagdverbandes Nordwestmecklenburg		

Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Verwellungsbehörde für das Andt Grevesmühlen Land mit den Gemendert: Bernstorl, Boznaw, Gagelow, Malarist, Plaschow, Roggenstorl, Rüdrig, Für die Gemeinde Rütting Bladt Grevesmühlen - Rabhauspise 1 - 2000 Diversmitten Stadt Grevesmühlen Fachbereich: Gis Bausent Zimmer: 2, 1, 10 Est betreit hind: Gis Bausent Zimmer: 2, 1, 10	lfd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
**Sand gutshof* in Testorf im Verfahren nach § 13 BauGB auu Entwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Rüting bestehen nach wie vor keine Anregungen zu den o.g. Planungsabsichten der Gemeinde Testorf-Steinfort. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen im Auftrag Leiter Bauamt Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Verweitungsbehörde für des And Grevesmühlen-Lend mit den Gemeinder: Bernstorf, Borzow, Gigelow, Malenfin, Placchow, Roggenstorf, Ruting, Testorf-Steinfort, Uppin, Warnow Für die Gemeinde Rüting Bladt Grevesmühlen - Rathauspiatz 1 - 23933 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Für die Gemeinde Testorf-Steinfort Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeind "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a Bahier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Rüting bestehen nach wie Planungsabsichten der Gemeinde Testorf-Steinfort. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werde Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag	Fachbereich: GB Bauemt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt ihnen: Frau Matschka Durchwahl: 09881 723 185 E-Mail-Adresse: Info@grevesmushlen.de g.matschke@grevesmushlen.de Aktenzeichen: 6004.mak Datum: 18.11.2013 de Testorf-Steinfort für das Gebiet auGB 12 Abs. 2 BauGB zum Entwurf	Zu 1.	

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Verwaltungsbehörde für des Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gagelow, Mallentin, Ploschow, Roggenstorf, Rüding. Testorf-Steinfort, Upshl, Warnow Für die Gemeinde Upshl Stadt Grevesmühlen + Riehauspiatz 1 + 28886 Grovesmithien Stadt Grevesmühlen Für die Gemeinde Testorf-Steinfort Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Durchwaht: Dasser zu 165 E-Mail-Adresse: Info@grevesmushlen.de Aktenzeichen: 6604.mat Datum: 18.11.2013 Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13a BauGB hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum Entwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Upshl bestehen nach wie vor keine Anregungen zu den o.g.		Fachbereich: GB Bausmt Zermer: 2.1.10 Es schreibt kinnen: Frau Matschke Durchwehl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: Info@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Detum: 18.11.2013 dde Testorf-Steinfort für das Gebiet auGB 3 2 Abs. 2 BauGB zum Entwurf vor keine Anregungen zu den o.g.	Es wird zu Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden.	Entscheidung/Beschluss Zur Kenntnis zu nehmen.
Wahrzunehme Mit freundlich Im Auftrag L. Prahler Leiter Bauamt	chten der Gemeinde Testorf-Steinfort. Inde nachbarschaftliche Belange werd en Grüßen	den nicht berührt.		

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Zugleich Ve Berne Stadt Grevesno Stadt Gre Für die G Rathausp	rwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeindr torf, BÖrzow, Gagelow, Mallemtin, Pitschow, Roggenssorf, Rütling, Testorf-Steinfort, Upshi, Warrow Für die Gemeinde Plüschow	Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt innen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g matschke@gravesmuehlen.de Aktorzeichen: 6004.mat	Denandrung der Stendignammen	Entschedung Deschuss
Sehr geel	über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemei shof" in Testorf im Verfahren nach § 13a I lungnahme als Nachbargemeinde gemäß nrte Damen und Herren, n der Gemeinde Plüschow bestehen nach	§ 2 Abs. 2 BauGB zum Entwurf	Es wird zu Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Wahrzune	ingsabsichten der Gemeinde Testorf-Stei ehmende nachbarschaftliche Belange wei flichen Grüßen	infort		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
AMT LÜTZOW-LÜBSTORF - Der Amtsvorsteher - Amt Lützow-Lübstorf, Dorfmitte 24, 19209 Lützow R	Benandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/ Beschluss
Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen Datum 17.04.2014		
Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf im Verfahren nach § 13 a BauGB Hier: Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB		
Sehr geehrte Damen und Herren,		
die Gemeinde Alt Meteln erhebt keine Einwände gegen den vorliegenden Entwurf zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshaus" in Testorf.	Es wird zu Kenntnis genommen, dass keine Einwände der Gemeinde Alt-Meteln bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag		
Last .		
Soyk Fachdienst III - Bauleitplanung		

Ifd. Nr. Stellungnahme von/vom		Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Amt Dorf Mecklenburg-Bad Kleinen -Der Amtsvorsteher-	Dorf Meeklenburg-Bad Kleinen		
Am Wehberg 17, 23972 Dorf Mecklenburg	Story Brighton Green Wichelen Withdraw		
Stadt Grevesmühlen Gemeinde Testorf- Steinfort Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen	Fachamt: Bauamt Bearbeitet von: Frau Kruse Telefon: 03841-798-239 Fax: 03841-798-226 E-Mail: j.kruse@amt-dm-bk.de		
Datum und Zeichen Ihres Schreibens Mein Zeichen (bei Schriftwechsel bitte angeben)	Ort. Datum 06.01.2014		
Stellungnahme der Gemeinde Bobitz zum Entwur der Gemeinde Testorf- Steinfort für das Gebiet "A Sehr geehrte Damen und Herren,	rf des Bebauungsplanes Nr. 3 m Gutshof" in Testorf		
die Gemeinde Bobitz stimmt dem Entwurf des Bebau Testorf- Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testo	ungsplanes Nr. 3 der Gemeinde orf zu.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände seitens der Gemeinde Bobitz bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Nachbarschaftliche Belange der Gemeinde Bobitz werden durch die oben genannte Planung nicht berührt.			
Die Gemeinde Bobitz hat keine Hinweise oder Bedenken.			
Mit freundlichem Gruß im Auftrag DiplIng. Plieth Bauamtsleiterin	R WV Eit M Stadt Grevesmühlen Eingsgangen 1 3. Jan. 2014 Bgm HA KÄ BA		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
Amt Gadebusch Der Amtsvorsteher Dragun • Stadt Gadebusch • Kneese • Krembz • Mühlen Eichsen • Rögnitz • Roggendorf • Veelböken		
Stadt Grevesmühlen Für Gemeinde Testorf-Steinfort Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Pür Gewesmühlen Stadt Grevesmühlen St		
Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet Alter Gutshof Hier: Stellungnahme der Nachbargemeinde Mühlen Eichsen nach § 2 Abs. 2 BauGB Sehr geehrte Damen und Herren,		
nach Prüfung der Entwurfsunterlegen zum Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf- Steinfort hat die Gemeinde Mühlen Eichsen keine Einwände und Hinweise bezüglich des Planentwurfs.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände der Gemeinde Mühlen Eichsen bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
Mit freundlichem Gruß Im Auftrag R. Elßner Bauamtsleiterin		

lfd. Nr. Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
AMT LÜTZOW-LÜBSTORF - Der Amtsvorsteher - Amt Lätzow-Lähstorf, Dorfmitte 24, 19209 Lützow		
"Am Gutshof" Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeindevertretung Dalberg-Wendelstorf hat am 10.03.2014 über den	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände der Gemeinde Dahlberg- Wendelstorf bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.